

Bund der
Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands (BSBD)

Fachzeitschrift
für die Bediensteten des
Justizvollzugs

DER VOLLZUGS- DIENST

**Wir wünschen allen im Justizvollzug Tätigen
besinnliche Tage**



Lesen Sie im Fachteil dieser Ausgabe:

Der europäische Arbeitsschutz
Teil 1

6

Dezember 2009

Einladung an den schönen Bodensee

Hauptthemen: Dienstrechtsreform und Personalratswahlen 2010

Landesvorstand und Landeshauptvorstand tagten am 22./ 23. Oktober 2009 in Bodman-Ludwigshafen

Die Anreise am Donnerstag, dem 22. Oktober 2009 bei etwas verschleiertem Sonnenschein an die schöne Ecke des Bodensees bei Bodman-Ludwigshafen war sehr angenehm. Das Ensemble mit dem spiegelnden See und dem Segelhafen, mit dem Seehotel „Adler“, dem alten Zollhaus und den satirischen Kunstwerken von Peter Lenk luden ein zum Verweilen bei erfüllter Freizeit und Wellness. Stattdessen war ausgiebige und harte Vorstandsarbeit angesagt, die sich schwerpunktmäßig um die anstehende Dienstrechtsreform im Land Baden-Württemberg und um die Personalratswahlen im April des kommenden Jahres 2010 drehte. Die Rückreise am Freitagnachmittag, dem 23. Oktober 2009 entsprach dann eher der empfundenen Lage im Strafvollzug: bei Dauerregen quälte man sich über total zugestaute Autobahnen. Dennoch: Die Gespräche bei den Sitzungen waren gut und zielgerichtet, es wurden zurückliegend einige bemerkenswerte Erfolge erzielt und auch in der künftigen Entwicklung gibt es Lichtblicke.

Eröffnung und Begrüßung

Um kurz nach 9.30 Uhr eröffnete der Landesvorsitzende **Ernst Steinbach** die Herbstsitzung des Landeshauptvorstandes und er konnte etwa 40 Mitglieder aus allen Landesteilen begrüßen. Wohl wegen der langen Anreise war die Teilnehmerzahl etwas reduziert.

Mit besonderer Freude begrüßte Ernst Steinbach Frau Anstaltsleiterin **Ellen Albeck** von der JVA Konstanz und Herrn

Bürgermeister **Matthias Weckbach** von Bodman-Ludwigshafen. Er dankte den beiden für ihre Bereitschaft, Grußworte zu sprechen, die mit Spannung erwartet wurden.

Ein besonderer Willkommensgruß des Landesvorsitzenden galt den Ehrenmitgliedern **Wolfgang Kneip** und **Wolfram Müller**.

Als neues Mitglied im Landeshauptvorstand begrüßte er auch Kollegen **Mutschler**, der zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ortsverbands **Rottenburg** gewählt worden war.

Als die Sitzung ausrichtender Ortsverband Konstanz begrüßte dessen Vorsitzender **Michael Junginger** die Anwesenden. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass im schön und angenehm gestalteten alten Zollhaus der Landeshauptvorstand sich wohl fühlen möge und zu guten Ergebnissen kommen werde. Er dankte auch seinem Kollegen **Alexander Schmid**, der federführend die Vorbereitungen und die hervorragende Organisation der Sitzungen bewältigt hatte.

Die Baumaßnahme ist bereits in vollem Gange und Anfang November können die Freigänger bereits in das neue Freigängerhaus an der Laube einziehen. In der Folge wird dann das alte Freigängerhaus abgerissen, um für die neue Torwache Platz zu machen. Die Sicherheitsstandards der JVA Konstanz entsprechen schon lange nicht mehr den üblichen Gepflogenheiten. Ich freue mich sagen zu können, dass die Sicherheit der Mitarbeiter durch den Neubau deutlich erhöht wird und auch die Möglichkeiten, die wir Besuchern bieten können, erheblich verbessert werden. Erfreulich zu erwähnen ist auch, dass in der Stadt Konstanz der Neubau auf positive Resonanz gestoßen ist, obwohl sich das Stadtbild doch in nicht unerheblichem Maße dadurch verändert. Ich empfinde es als Privileg, dass wir trotz der Innenstadtlage sowohl der Hauptanstalt als auch unserer Außenstelle in Singen eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung genießen. Neben der Verbesserung der Sicherheit und der Ausweitung der Besuchsmöglichkeiten wird auch die Anzahl der Haftplätze in der JVA Konstanz steigen, so dass wir in Zukunft ein Viertel mehr Gefangenenhaftplätze bieten können. Wir gehen davon aus, dass eine Anpassung des Vollstreckungsplanes nach Abschluss der Baumaßnahme erfolgen wird. Besonders erfreulich ist auch, dass unsere Freigänger ein modernes und gut saniertes Freigängerhaus erhalten werden, in welchem die Gefangenen angemessen untergebracht werden können. Wir sind in der glücklichen Lage, ausreichend Arbeitsplätze in der Region zur Verfügung zu haben, um regelmäßig etwa 20 Männern den Freigängerstatus bieten zu können.

Was die Erweiterung der **Außenstelle Singen** um etwa 25 Haftplätze angeht, so sieht es für die Zukunft eher düster aus. Zwar hat das Land die entsprechenden Grundstücke bereits erworben, um eine kostengünstige Erweiterung realisieren zu können, doch hat uns hier die Finanzkrise wohl für die nächsten Jahre einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht. Wie Sie sicher wissen, steht die Außenstelle Singen mit dem Altvollzug für Männer ab 62 Jahre in ganz besonderem Maße im Fokus der Öffentlichkeit. Da unsere Einrichtung nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa einzigartig ist, können wir uns vor Presseanfragen kaum retten. Unser Konzept des Altvollzuges mit einem nach innen offenen Haus bietet für Gefangene der älteren Generation überzeugende Vorteile. Unsere Gefangenen sind zu einem Großteil bereits Rentner und nicht mehr zur Arbeit verpflichtet, so dass die sinnvolle Gestaltung des Vollzugsalltages ein wichtiges Element ist. Die Haftraumtüren sind in Singen von morgens bis 22.00 Uhr geöffnet, so dass sich die Gefangenen im Hause frei bewegen



Grußwort der Leiterin der Justizvollzugsanstalt Konstanz

Sehr geehrter Herr Steinbach, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

für die Einladung zur Landeshauptvorstandssitzung des **BSBD** und die freundliche Begrüßung möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

Es ist Tradition, dass der Anstaltsleiter vor Ort auf dieser Sitzung ein Grußwort an Sie richten darf. Ich freue mich, dass diese Ehre heute mir zuteil wird. Ich hoffe, Sie können trotz der umfangreichen Tagesordnung Ihren Aufenthalt am schönen Bodensee genießen. Es ist ein Privileg, in einer Urlaubsregion arbeiten zu dürfen. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wissen das durchaus zu schätzen. Dennoch wird in der JVA Konstanz und der Außenstelle Singen natürlich gearbeitet. Ich

möchte Ihnen an dieser Stelle kurz darstellen, was uns derzeit besonders bewegt.

Das Gesicht der **Justizvollzugsanstalt Konstanz** verändert sich derzeit erheblich. Im vergangenen Jahr erhielten wir aus dem von Herrn Justizminister Goll erwirkten Sicherheitspaket für den Vollzug 6,5 Millionen Euro, um die Torwache und die Besuchsabteilung der Justizvollzugsanstalt Konstanz den modernen Sicherheitsstandards anzupassen. Die Pläne für dieses Projekt lagen bereits seit über zehn Jahren in den Schubladen und es bestand wenig Hoffnung, dass dieses Projekt finanzierbar wird. Ich persönlich bin auch besonders dankbar, dass die Finanzierung bereits im letzten Jahr gesichert war, denn in der derzeitigen finanziellen Lage wäre ein solches Projekt undenkbar.

können. Dies bietet den Vorteil, dass den im Alter ohnehin vorhandenen Rückzugstendenzen, die zu Vereinsamung führen, entgegengewirkt werden kann. Die Männer können selbst entscheiden, ob sie an der Arbeit teilnehmen, sich miteinander beschäftigen oder den Freizeitbereich nutzen. Auch der Hof ist frei verfügbar. Bemerkenswert ist, dass – obwohl nur ein Drittel der Gefangenen noch zur Arbeit verpflichtet ist – immerhin 70 Prozent der Gefangenen an der Arbeit teilnehmen. Wir sind derzeit noch in der glücklichen Lage, viele Gefangene beschäftigen zu können. Ob dies aufgrund der wirtschaftlichen Lage auch in Zukunft so sein wird, kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden. Oftmals werden meine Mitarbeiter der Außenstelle Singen ein wenig belächelt, weil sie vermeintlich nicht dem harten Vollzugsalltag ausgesetzt sind. Die Belastungen der Arbeit in der Außenstelle Singen liegen mit Sicherheit nicht im Bereich von Sicherheit und Ordnung im engeren Sinne, da wir weder subkulturelle Umtriebe haben noch besonders gefährliche Gefangene beherbergen. Jedoch darf nicht übersehen werden, dass es sich bei der Außenstelle Singen um eine Anstalt des Langstrafenvollzuges mit einer besonders sensiblen Klientel handelt. Mit einem Drittel Sexualstraf-

täter und einem Drittel schweren Gewaltstraftäter – hier vor allem Mörder und Totschläger – und einem Drittel Betrüger ist für jeden Vollzugspraktiker klar, dass unsere Inhaftierten per se im Umgang nicht unproblematisch sind. Hinzu kommen natürlich die Besonderheiten, die das höhere Lebensalter mit sich bringen. Die Männer werden schwieriger, haftempfindlicher und durchleben angesichts der Endlichkeit ihres biologischen Lebens eine Vielzahl von Krisen, die meine Mitarbeiter täglich auffangen müssen. Hinzu kommt selbstverständlich auch, dass bei vielen Gefangenen das soziale Umfeld entweder nicht intakt oder komplett weggebrochen ist, so dass die Mitarbeiter beinahe zum Familienersatz werden. Die Tatsache, dass wir trotz erheblicher Anstrengungen meinerseits keine Psychologenstelle für die Außenstelle Singen haben, erhöht natürlich auch die Belastung für die Mitarbeiter des AVDs und den Sozialdienst. Nichtsdestotrotz sind wir in Singen sehr stolz auf unser Konzept und können jederzeit mit der Motivation der Mitarbeiter rechnen. Ich wünsche Ihnen von Herzen eine spannende und erfolgreiche Veranstaltung mit fruchtbaren Gesprächen hier am schönen Bodensee und darf mich für Ihre Aufmerksamkeit ganz herzlich bedanken.

Grußwort des Bürgermeisters der Gemeinde Bodman-Ludwigshafen

Bürgermeister Matthias Weckbach erzählte rückblickend von der bewegten Historie, er gab aber auch eine kurze Gegenwartsbeschreibung seiner kleinen Gemeinde mit rund 4.300 Einwohnern, wobei sich diese Zahl im Frühjahr und Sommer um viele Feriengäste wie von selbst vermehren würde. Augenzwinkernd erklärte er, dass er ursprünglich aus „Badisch-Sibirien“ kommend nunmehr in „Badisch-Kalifornien“ gelandet sei und so das Glück habe, seit zehn Jahren dieser liebenswerten Gemeinde als Bürgermeister dienen zu dürfen. Wie viele Gäste und auch die Einwohner fühle er sich in dieser paradiesischen Umgebung mit dem im bewaldeten Bergrücken eingebetteten See sehr wohl und er wünsche auch, dass die Teilnehmer an der Landeshauptvorstandssitzung dieses Wohlgefühl erleben mögen. Er habe aber auch durchaus Interesse an den Themen, die beim **BSBD** zur Diskussion anstehen. Hierbei nannte er insbesondere die einzelnen Punkte aus dem Komplex der Dienstrechtsreform. Nach den Worten von Bürgermeister Weckbach ist **Bodman** eine der ältesten Siedlungen am Bodensee. An mehreren Stellen wurden Reste von Pfahlbauten aus der Stein- und Bronzezeit gefunden. Kel-

ten-, Alemannen- und Römersiedlungen sind durch Ausgrabungen nachgewiesen. Im 9. Jahrhundert stand zu Bodman eine Pfalz der Karolinger. Damals ließ man schon mit Reben aus Burgund den heute noch bestehenden Königsweingarten anlegen.

Im Jahre 1277 verpfändete König Rudolf von Habsburg die Kaiserpfalz an den Ritter Johann von Bodman und seit dieser Zeit ist der Besitz bei den Grafen von Bodman geblieben. Neben der Kaiserpfalz gab es auch die alte Burg von Bodman, die auf dem heutigen Frauenberg stand und die im Jahre 1307 durch einen Blitzschlag eingeäschert wurde. Dieser Burgplatz wurde dem Kloster Salem gestiftet, worauf später an dieser Stelle Klostergebäude und eine Wallfahrtskirche errichtet worden sind. Die heutige Burgruine auf dem Nachbarberg – Ruine „Alt-Bodman“ –, die zweite Burg der Herren von Bodman, wurde im Dreißigjährigen Krieg zerstört.

Zollgrenze zur Schweiz und zu Österreich

Auch für den See selbst soll sich der Name aus dem Adelsgeschlecht derer von Bodman herleiten: aus dem ursprünglichen

„**Lacus Bodamicus**“ wurde im Laufe der Zeit schließlich der „**Bodensee**“.

Der weitere Ortsteil **Ludwigshafen** wurde 1145 erstmals als „Sernatingen“ urkundlich erwähnt. Der Ort wurde 1294 für 95 Mark von Überlingen abgekauft. Ab 1808 war Sernatingen zunächst königlich-württembergisch, danach wurde es ein nellenburgisch-badischer Seehafen, der bereits zu Anfang des 19. Jahrhunderts als Transitplatz für Waren und als Zollgrenze zur Schweiz und zu Österreich eingerichtet war. Ein alter Kran aus dem frühen 19. Jahrhundert ist noch heute am Hafen zu sehen. Weithin sichtbar erhebt sich neben der Schiffsanlegestelle ein bemerkenswertes Gebäude. Die in Stein gemeißelte Inschrift „Großherzoglich Badisches Hauptzollamt“ kündigt noch heute von der einstigen Bestimmung und seinen Besitzern. Bei der Einweihung des neu gebauten Hafens (1826) erhielt dieser von Großherzog Ludwig von Baden den Namen „Ludwigshafen“. Somit wurde auch Sernatingen in Ludwigshafen umbenannt.

An dieser historischen Stätte – so Bürgermeister Weckbach – in diesem **alten Hauptzollamt** findet nunmehr die Sitzung des **BSBD** Landeshauptvorstandes statt. Nach einer architektonisch vorbildlichen Sanierung und aufwendigen Umbauten steht das ehrwürdige Anwesen heute der Öffentlichkeit als Bürger- und Gästezentrum zur Verfügung. Die Integration von neuen Elementen aus Glas und Zink in das ursprünglich belassene Gebälk des Fachwerks sei beispielhaft gelungen und strahle eine wahrhaft individuelle und kreative Atmosphäre aus. (Es steht außer Zweifel, dass auch die Sitzungsteilnehmer des Landeshauptvorstandes von der Gestaltung und der Ausstrahlung des alten Zollamtes sehr beeindruckt und angetan waren).

Die ehemals selbständigen Gemeinden Bodman und Ludwigshafen, die sich 1975 zusammengeschlossen haben, können heute einen Zuwachs von Einwohnern in dieser Urlaubsregion und eine Ansiedlung des sogenannten weißen Gewerbes (Computer, Softwarebetriebe) verzeichnen.

Durchaus sehenswert ist auch die von dem bildenden **Künstler Peter Lenk** gestaltete große Wand vor dem alten Zollhaus. Auf diesem dreiteiligen Relief mit dem Titel „Ludwigs Erbe“ sind sehr eindrucksvoll und erkennbar Figuren gearbeitet und dargestellt. Dabei ist nicht zu verkennen, dass sich auch Politiker selber und gegenseitig „am Riemen reißen“ können.

Bürgermeister Weckbach wünschte der Versammlung gutes Gelingen sowie viel Erfolg und er gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Teilnehmer noch Zeit für seine schöne Gemeinde finden mögen.

Darlehen supereünstig *1) nominal **1,95%** ab **2,34%** effektiver Jahreszins
35-jährige Beratungskompetenz **Hypotheken- & Beamendarlehensdiscounter** Vorberatung wählbar alles kostenfrei ohne 2% Bearbeitungsgebühren Info: www.ak-finanz.de

Bei Umschuldung Raten bis 50% reduzieren

supereünstige Beamendarlehen, z.B. B.a.L. 30 J. alt, 30.000,- € günstige 281,05 € mtl., 70.000,- € 654,22 € mtl., inkl. LV, Lfz. 14 J., ab 5,99% effektiver Jahreszins. Lfz. 12 J., ab 5,75% *effektiver Jahreszins auch günstig an Angestellte ab 5 Jahre i.o.D. *1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung Bausparvertrag. Supereünstige Hypotheken ohne Eigenkapital, hohes Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 120%.

AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen
Telefax: (06 21) 51 94 88, E-Mail: beamendarlehen@ak-finanz.de Gebührenfrei **Tel. 0800/1000 500**

Bericht des Landesvorsitzenden

Der Landesvorsitzende **Ernst Steinbach** stellte seinen Bericht eindeutig unter den Schwerpunkt „Dienstrechtsreform im Land Baden-Württemberg“ und er ging dann auch noch auf die aktuelle Situation im Justizvollzug des Landes ein. Sein Stellvertreter **Georg Konrath**, der zugleich Vorsitzender des Hauptpersonalrats im Justizministerium ist, appellierte mit großem Nachdruck an die versammelten Mitglieder des Landeshauptvorstandes, sich engagiert bei den Personalratswahlen im April 2010 einzusetzen. Zuvor hat aber Kollege Steinbach darauf hingewiesen, dass der **BSBD** die einzige und spezielle Gewerkschaft ist, die sich im Justizvollzug für die Interessen der Beschäftigten aller Dienstgruppen druckvoll einsetzt sowie ihre Anliegen und Forderungen durchzusetzen sucht.

In diesem Zusammenhang sei nur erinnert an:

- Die vom **BSBD** und HPR gemeinsam erreichte Abwehr des **Dienstplanprogramms GISBO** zur Berechnung der Zulagen im Schicht- und Wechseldienst, mit dem eine Reihe von Schichtdienstleistenden erhebliche finanzielle Einbußen gehabt hätten;
- die wiederum im Schulterschluss erreichte Klarstellung für die Kollegen des **Werkdienstes**, dass die **Pensionsgrenze bei 62 Jahren** im Gleichklang mit dem allgemeinen Vollzugsdienst bleibt;
- die vom **BSBD**, BBW und HPR erzielte Ausnahmeregelung von der europäischen Richtlinie, dass innerhalb eines **siebtätigen Dienstes** zwingend eine Ruhepause eingeschaltet werden muss, wodurch bei den individuellen Dienstplänen im Justizvollzug unvermeidlich Wochenenddienste auseinandergerissen worden wären (s. auch weiteren Bericht in dieser Ausgabe);
- der verbindliche Einsatz für **Strukturöffnungen** auch in höheren Besoldungsgruppen mit nachhaltiger Wirkung – eine Position, die so gut wie vollkommen vom Justizminister anerkannt und übernommen worden ist;
- die Ersuchen des **BSBD**-Landesvorsitzenden und die gemeinsamen Durchführungen von **Strukturgesprächen** – zusammen mit dem mittleren Verwaltungsdienst und den Lehrern – beim Abteilungsleiter und beim Personalreferenten für den Justizvollzug im Justizministerium;
- die gemeinsame, aber noch nicht erledigte Forderung nach der **Anpassung der „Gitterzulage“**;
- die durchaus kritische, jedoch auch konstruktive Begleitung des **Programms „Justizvollzug 2015“**

Die vielen anderen Aktivitäten, Gespräche und Randnotizen bei Veranstaltungen, bei denen BSBD, BBW und HPR teils allein, teils gemeinsam aufgetreten sind, lassen sich kaum zählen. Und nie

hört man etwas davon, dass andere Spitzenkräfte der im Justizvollzug tätigen Gewerkschaften auch nur ansatzweise etwas Vergleichbares für die Kollegen aller Dienstgruppen getan hätten.

Dienstrechtsreform

Ernst Steinbach bemühte das geflügelte Wort: „Was lange währt, wird endlich gut“ – aber nur vielleicht! Nachdem **Ministerpräsident Günther H. Oettinger** am 15.09.2009 die Eckpunkte der Dienstrechtsreform für das Land Baden-Württemberg vorgestellt hat, sei man zuversichtlich, dass das neue Dienstrecht am 01.01.2012 doch noch in Kraft treten könnte. Ursprünglich – im Dezember 2006 – wollte in Sachen Dienstrechtsreform Baden-Württemberg „Vorreiter“, ja „Lokomotive“ aller Bundesländer werden – nun sei das Land „Schlusslicht“.

Jedenfalls kann derzeit gesagt werden, dass die entscheidenden Kernforderungen des BBW – und damit auch des BSBD – in zähen und langwierigen Verhandlungen mit der Landesregierung fast vollständigen Eingang in die Eckpunkte



gefunden haben! Die von Regierungs- und Fraktionsmitgliedern geplanten Sonderwege, die zu großen Belastungen bei aktiven und pensionierten Bediensteten geführt hätten, sind allesamt vom Tisch. Auch diese Tatsache sollte sich zu einem starken und fruchtbaren Rückenwind für BBW und BSBD bei den anstehenden Personalratswahlen entwickeln.

Die aus dem Widerstand der Beamten hervorgegangenen Kernforderungen, die nun die Landesregierung unter Druck und angesichts der Bundestagswahlen übernommen hat, sind folgende:

- Keine Umschichtung von Einkünften von alt nach jung;
- keine Ballungsraumzulagen;
- kein Sonderweg im Land für die Pension mit 67 (keine vorgezogene Umsetzung, dafür Freiwilligkeitslösung);

- keine zusätzlichen Leistungselemente.

Im Folgenden trug der Landesvorsitzende einzelne Elemente aus der Dienstrechtsreform vor:

1. Laufbahnrecht

Die Laufbahngruppen bleiben bestehen. Zum Wegfall kommt der einfache Dienst. Die Fachministerien erhalten eigene Gestaltungsspielräume. Dies kann für das Justizministerium im Hinblick auf die Strukturöffnung in allen Besoldungsgruppen von Bedeutung sein.

2. Landesbesoldungsgesetz (LBG)

Die Möglichkeit einer unterhäftigen Teilzeit wird voraussichtlich kommen; eine Verlängerung der Teilzeitregelungen für Schwerbehinderte ist vorgesehen.

3. Besoldungsrecht

Eine Umschichtung durch eine Bezügeerhöhung für jüngere Beamte zu Lasten von älteren Beamten wird jedenfalls nicht eingeführt. Für die Pensionsberechnung wird es keine Absenkung des Endgrundgehalts auf einen über die Dienstzeit berechneten Durchschnittswert geben, so dass die Pensionen weiterhin auf dem tatsächlichen

Endgrundgehalt basieren werden. Gerade für die Justizvollzugsbediensteten hätte eine Durchschnittsregelung zu erheblichen Pensionseinbußen geführt.

4. Leistungsbezogene Besoldungselemente

Nach dem Beschluss der Landesregierung vom 14.09.2009 wird es künftig keine punktuellen Zulagen für Leistungsträger oder erfolgreiche Gruppen in den Behörden geben. Da der Beamtenbund verlangt hat, dass 30 bis 40 Prozent der Beamten in diesen Genuss kommen, hätten sich die Kosten auf mehr als 16 Millionen Euro belaufen. Dennoch sollen künftig gute Leistungen gewürdigt werden: nämlich durch Beförderungen, denen Priorität eingeräumt werden soll.

5. Leistungsfeststellung

Hier sollen keine neuen Regelungen einge-

führt werden, so dass die Entwicklung weiterer Verfahren zur Leistungsfeststellung entfällt.

6. Versorgungsfond

Die bisher vom Land versäumte Etablierung eines Versorgungsfonds wird nunmehr festgeschrieben. Dieser soll eine halbe Milliarde Euro umfassen, wofür als Einlage für jeden Landesbeamten 6.000 Euro pro Jahr entrichtet werden.

7. Mitnahme von Versorgungsanwartschaften

Bisher können Beamte, die zu Wirtschaftsunternehmen wechseln, ihre Anwartschaft auf eine Pension nicht mitnehmen, sondern werden nachträglich rentenversichert. Künftig sollen die beiden Systeme getrennt werden. Dann erhält ein Rentner für die Jahre im öffentlichen Dienst auch Pension.

8. Beamtenversorgung und Pension mit 67

Dies war die am heißesten umkämpfte Frage zwischen Landesregierung und Beamtenbund. Die insbesondere vom Finanzminister und vom CDU-Fraktionsvorsitzenden favorisierte Lösung, für die baden-württembergischen Beamten eine auf die Jahre 2011 bis 2021/23 vorgezogene Erhöhung des Pensionsalters einzuführen, ist endlich vom Tisch. Baden-Württemberg übernimmt nunmehr die Regelung des Bundes und vieler anderer Länder, wonach diese Zeitspanne zur Pensionserhöhung auf 67 in den Jahren 2012 bis 2029 umgesetzt wird. Nur die Vereinbarungen des BBW mit der Landesregierung haben hier Eingriffe vor dem Jahr 2011 verhindert.

Deshalb ist es auch sehr wichtig, vor der nächsten Legislaturperiode ab 2011 entsprechende Festlegungen für die Beamtenversorgung zu erreichen. Denn es ist zu befürchten, dass es danach sehr düster wird. Die Steuerschätzungen werden sicherlich politische Maßnahmen auslösen, und obwohl gespart werden muss, werden Geschenke verteilt.

So werden auch die im Bund beschlossenen Steuerregelungen die finanziellen Verhältnisse im Land beeinflussen. Schon jetzt steht fest, dass die Nullverschuldung nicht mehr zu halten ist im Doppelhaushalt 2010/2011 des Landes. So wird es nicht lange dauern, bis man die Beamten und vor allem die Versorgungsempfänger wieder zum Befüllen des Landes-Sparschweins entdeckt hat. Deshalb ist es ungeheuer wichtig, die Grundsätze der Beamtenversorgung vor 2011 verbindlich festzuzurren.

Für den Justizvollzug ist in diesem Zu-

Südkurier vom 23. Oktober 2009

Strafvollzug im Blick Gewerkschaft tagt

Der Bund der Strafvollzugsbeamten Deutschland (BSBD) hält am Freitag, 23. Oktober, seine Landeshauptvorstandssitzung im „Zollhaus“ in Ludwigsburg ab. Die Gewerkschaft hat bundesweit über 25000 Mitglieder und setzt sich für die Belange der Bediensteten im Strafvollzug ein. Ernst Steinbach ist seit 1997 Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender der BSBD.

Herr Steinbach, was ist der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschland?

Der BSBD ist die bestimmende Fachgewerkschaft der Beschäftigten im Strafvollzug sowohl in Baden-Württemberg als auch in allen anderen Bundesländern. Von ungefähr 3500 Beschäftigten im baden-württembergischen Strafvollzug sind fast 2700 Kolleginnen und Kollegen aller Laufbahnen Mitglied im BSBD.

Wie kam es zur Gründung der Gewerkschaft?

Der BSBD wurde 1955 gegründet. In der Nachkriegszeit war die Not im Strafvollzug, bei den Beschäftigten und ihren Familien besonders groß. Schlechte Arbeitsbedingungen, miserable hygienische Verhältnisse in den Gefängnissen, unzulängliche schlechte Beförderung- und Aufstiegsmöglichkeiten, vom heute üblichen Behandlungsvoll-

zug war man meilenweit entfernt. Der BSBD hatte und hat weiterhin das Ziel, diese Bedingungen zu verbessern.

Warum halten Sie die Landeshauptvorstandssitzung im „Zollhaus“ in Ludwigsburg ab?

Die Landeshauptvorstandssitzung findet satzungsgemäß zweimal im Jahr statt. Sie wird abwechselnd von einem unserer 20 Ortsverbände ausgerichtet. Diesmal ist der rührige Ortsverband Konstanz unser Gastgeber. Dort treffen sich die Vertreter aller Ortsverbände, die Fachgruppenvertreter und dem Landesvorstand um aktuellen Themenfelder abzuarbeiten.

Was für Themen werden auf der Sitzung besprochen?

Die aktuelle Situation im Strafvollzug und die Probleme der Überbelegung, Gewalt unter Gefangenen und Privatisierung werden auf der Sitzung Thema sein. Auch die Einführung der blauen Uniform, das Justizvollzugsgesetzbuch für Baden-Württemberg, die Vorbereitung der Personalratswahlen 2010, die Dienstrechtsreform in Baden-Württemberg, Pension mit 67 und Leistungszulagen müssen ebenfalls auf der Landeshauptvorstandssitzung besprochen werden.

Welche aktuellen Probleme gibt es im Bereich des Strafvollzugs?

Ein großes Anliegen ist der Abbau der Überbelegung und wir setzen uns auch gegen weitere Privatisierungen ein. Der BSBD setzt sich für bessere Bezahlung und mehr Anerkennung für den Dienst im Strafvollzug ein. A.-M. Schneider

sammenhang die Frage noch offen, ob auch für Schichtdienstleistende die Pensionsgrenze auf 62 Jahre hoch gesetzt wird oder aber ob eine Staffellung nach erreichten Schichtdienstjahren eingeführt werden kann. Im Freistaat Bayern ist z.B. festgelegt, dass Beamte, die 20 Jahre und mehr Schichtdienst geleistet haben, ohne Abstriche mit dem 60. Lebensjahr in den Ruhestand eintreten können. In Baden-Württemberg ist bisher im Gleichklang mit Polizei und Feuerwehr eine solche Regelung nicht vorgesehen, sondern es soll auch bei Schichtdienstleistenden bei der Altersgrenze von 62 Jahren bleiben. Hier bleibt der BSBD weiter im Gespräch, da die Situation im Justizvollzug anders als bei der Polizei ist. Da in den Anstalten kaum alternative Dienstbereiche zur Verfügung

stehen, können die im Schichtdienst tätigen Vollzugsbeamten auch nicht aus der ersten „Frontlinie“ abgezogen werden. Diese Lage wird dadurch noch verschärft, dass auch die Privatbeschäftigten in dieser „Frontstellung“ kaum eingesetzt werden können. Und wer glaubt, die Behandlung der Gefangenen würde künftig leichter und einfacher, irrt gewaltig. Es ist somit auch eine Frage der Personalverantwortung, ob über 60jährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit 50 und mehr 20- bis 30-jährigen Gefangenen allein fertig werden können.

In diesem Zusammenhang konnte der Landesvorsitzende Steinbach noch keine Resultate vortragen, doch wird dieses Thema bei den vorgesehenen Gesprächen auf politischer Ebene eine große Rolle spielen.

Darlehen supergünstig *1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins
35-jährige Beratungskompetenz Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter
Varianterhaltung wählbar alles kostenfrei ohne 2% Bearbeitungsgebühren Info: www.ak-finanz.de
Bei Umschuldung Raten bis 50% reduzieren
supergünstige Beamtendarlehen, z.B. B.a.L. 30 J. alt, 30.000,- € günstige 281,05 € mtl., 70.000,- € 654,22 € mtl., inkl. LV, Lfz. 14 J., ab *5,99% effektiver Jahreszins, Lfz. 12 J., ab *5,75% effektiver Jahreszins auch günstig an Angestellte ab 5 Jahre i.d.D. *) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken ohne Eigenkapital, hohes Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 120%.
www.ak-finanz.de **AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen**
 Telefax: (06 21) 51 94 88, E-Mail: beamtendarlehen@ak-finanz.de **Gebührenfrei Tel. 0800/1000 500**

Aktuelle Situation im Justizvollzug des Landes

Zur Charakterisierung der aktuellen Situation im Justizvollzug verwies der Landesvorsitzende auf die gerade erschienene Ausgabe des **VOLLZUGSDIENST 4-5/2009**. Dort seien wieder sehr viele interessante Berichte verfasst und zusammengetragen worden, für die er besonders dem Pressereferenten des Landesvorstandes – Kollegen **Wolfgang Klotz** – dankte.

Er sprach noch mal gezielt die verschiedenen Punkte an, die hier nur der Vollständigkeit halber aufgezählt werden sollen:

- Das erhebliche Medieninteresse von Presse, Rundfunk und Fernsehen an der **Gewalt unter Gefangenen** in den Anstalten, wobei es scheint, dass dieses Interesse – vermischt mit Sensationslust – allgemein in der Gesellschaft immer größer wird.
- Die **Gesetzgebung des Landes** mit den Bereichen „Elektronische Fußfessel“ und „Justizvollzugsgesetzbuch“, die beide wohl in allernächster Zeit in den Echtbetrieb gehen.

- Weitere Auswirkungen von Reformbestrebungen im Bereich des Justizvollzugs im Hinblick auf **strukturelle Verbesserungen** und auf **mehr Entscheidungsbefugnisse** in den Justizvollzugsanstalten.

Etwas mehr Raum widmete der Landesvorsitzende den aktuellen Problemen, wie sie ihm vor Ort und vom Hörensagen zur **Privatisierung in der neuen JVA Offenburg** bekannt geworden sind.

Offenbar gibt es bei den von Privatdienstleister KÖTTER beschäftigten Bediensteten viel Wechsel, eine hohe Fluktuation. Neu eingestellte Mitarbeiter seien häufig „von der Straße weg“ engagiert worden, sie erhielten keine qualifizierte Einweisung, sondern nur noch eine „Schnellbleiche“. Der Verdienst der Privatbeschäftigten sei wesentlich geringer als das Gehalt der Beamten des allgemeinen Vollzugsdienstes, so dass häufig Gesuche auf Übernahme in das Beamtenverhältnis gestellt werden würden. Da eine qualifizierte Ausbildung fehle und hoheitliche Aufgaben nicht übernommen werden dürfen, seien die Einsatzmöglichkeiten der privaten Bediensteten erheblich eingeschränkt.

Für die Gefangenen stünden nur wenige Arbeitsmöglichkeiten in den Werkbetrieben zur Verfügung. Sie würden dennoch zur Arbeit geholt und mit sehr einfachen Tätigkeiten beschäftigt, da die Firma KÖTTER vertraglich verpflichtet sei, mindestens 300 Gefangene regelmäßig in Arbeit zu bringen und ansonsten mit einer Konventionalforderung belegt würde.

Zurzeit sei es auch sehr schwierig, behandlungswillige Gefangene aus anderen Anstalten im sozialtherapeutischen Bereich der JVA Offenburg unterbringen zu können.

Als weiteres Thema wurden aktuell die **Schutzimpfungen gegen die sogenannte Schweinegrippe** in den Justizvollzugsanstalten angesprochen und diskutiert. Nach widersprüchlichen Mitteilungen aus den Anstalten sei durch Erlass des Justizministeriums den Gefangenen die Teilnahme an Imp-

fungen angeboten worden, da sie in die Risikostufe 1 eingereiht worden wären. Im Gegensatz zur Polizei und zur Feuerwehr sei den Bediensteten des Justizvollzugs eine solche dienstliche Möglichkeit nicht eröffnet worden, da sie offenbar in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, an dem auch ein Mitarbeiter der Abteilung Strafvollzug des Justizministeriums teilnahm, nur einer nachgeordneten Risikostufe zugeteilt worden seien. Auf vielfache Nachfrage wurden die Justizbediensteten in den meisten Anstalten an ihren Hausarzt verwiesen, der ja auf Wunsch die Impfung vornehmen könne. Diese nicht nachvollziehbare Aufteilung habe vielerorts zu Verunsicherung und teilweise zu Empörung geführt. Der in der Justizvollzugsanstalt Schwäbisch Hall tätige Fachgruppenvertreter der Ärzte im Justizvollzug, **Kollege Harro Rose**, hat vor dem Landeshauptvorstand die Risiken bei einer Erkrankung an der „Schweinegrippe“ und auch die Risiken einer Impfung ausführlich erklärt. In der von ihm ärztlich betreuten Anstalt seien Gefangene und Bedienstete gleichermaßen mit dem Angebot der Impfung bedacht worden.

Zum Thema **„blaue Uniform“** berichtet der stellvertretende Landesvorsitzende **Alexander Schmid** über die ersten Treffen der dazu einberufenen Arbeitsgruppe.

Dieser AG gehören Vertreter des Justizministeriums, der Justizvollzugsanstalten, des **BSBD**, des HPR und des Logistikzentrums (LZW) an.

Bei der Zusammenkunft am 15. 09. 2009 im LZW wurden die Bestandteile der neuen blauen Polizeiuniform vorgestellt, die mit geringfügigen Modifikationen im Vollzug eingeführt werden sollen. Insbesondere muss ein Logo für die Justiz entworfen werden. Wenn dieses steht, wird eine Musterkollektion gefertigt werden, die den Anstalten reihum zur Ansicht gegeben wird. Mögliche Änderungswünsche können dann mitgeteilt werden. Die blaue Dienstbekleidung wird nach dem LZW nicht vor Mitte 2011 lieferbar sein. Wegen der angespannten Haushaltssituation wird anfangs ohnehin „zweigleisig“ – blaue und grüne Uniform – gefahren werden müssen. Kollege Schmid wird regelmäßig über die Ergebnisse aus der Arbeitsgruppe „blaue Uniform“ berichten.

Zum Thema **Gesundheitsmanagement** erläutert der stellvertretende Landesvorsitzende **Georg Konrath**, dass das Justizministerium dieses Anliegen verstärkt angehen will. Wegen der Bedeutung dieses Themas würden den Anstaltsleitungen Angebote für entsprechende Tagungen zugesandt werden. Auch das BISOWE will zusätzliche Fortbildungsveranstaltungen anbieten. Der **BSBD** LV wolle sich in diesem Zusammenhang dafür stark machen, dass Justizvollzugsbedienstete, die im Schicht- und Wechseldienst tätig sind, wie die Polizei (Gleichklang!) alle drei Jahre eine Kur erhalten.

Auch andere – brisante – Fortbildung steht an: Vor dem Hintergrund der fatalen Haushaltslage und den daraus folgenden Sparerwartungen für den Justiz-

Vorsorge muss nicht teuer sein über 100 Jahre Justiz-Versicherungskasse Lebensversicherungsverein auf Gegenseitigkeit



Als SELBSTHILFEEINRICHTUNG der Angehörigen des JUSTIZ- und STRAFVOLLZUGSDIENSTES bieten wir Ihnen, Ihren Angehörigen und den mit Ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Personen zu anerkannt günstigen Tarifen und Bedingungen Versicherungen bis zur

Höchstsumme von 8.000,- Euro

- auf den Todes- und Erlebensfall
- zur Bildung eines Kapitals

Anerkannte Leistungsmerkmale, die für uns sprechen:

Sofortiger Versicherungsschutz
– nach Zahlung des 1. Beitrages –
Rechtsanspruch auf Beteiligung an den Überschüssen
Zusätzlich wird nach einem Jahr bei Fälligkeit ohne Rechtsanspruch ein Gewinnzuschlag gewährt.

Außerdem:

Grundsätzlich kein ärztliches Zeugnis
Das Vertrauen unserer Mitglieder – stellen auch Sie uns auf die Probe –
Wir würden uns freuen, Sie als Mitglied unserer berufsständischen Gemeinschaft begrüßen zu dürfen.

Weitere Auskünfte erteilt Ihnen unsere Geschäftsstelle in Köln:

Anschrift: Drosselweg 44, 50735 Köln
Telefon 02 21 / 71 44 77 oder 71 47 23
Telefax 02 21 / 7 12 61 63
E-Mail: info@justiz-versicherungskasse.de
Internet: www.Justiz-Versicherungskasse.de

bereich in oberer zweistelliger Millionenhöhe soll mit den Anstaltsleiterinnen und -leitern ein „Workshop“ durchgeführt werden.

Der **Justitiar** im **BSBD** Landesvorstand – Kollege **Maurer-Hellstern** – hob bei der Vorstandssitzung deutlich hervor, dass der **BSBD** bei der Betreuung seiner Mitglieder mit **Rechtsschutzangelegenheiten** hervorragend aufgestellt sei. Aus seiner Sicht sei die Absicherung der Mitglieder beim Rechtsschutz einmalig, da sie auf drei sehr tragfähigen Säulen stehen würde. **Die verfügbaren ausgezeichneten Rechtskompetenzen durch die Kanzlei Seidler in Weil am Rhein, durch das Dienstleistungszentrum des BBW in Mannheim sowie die freie Wahl eines Rechtsvertreters vor Ort im Einzelfall und nach Absprache könne von jedem BSBD-Mitglied in Anspruch genommen werden. Diese herausragende BSBD-Leistung gilt es auch bei der Mitgliederwerbung hervorzuheben und zu würdigen.**

Vorschläge zur **Änderung und Anpassung der BSBD-Landessatzung** sind von der „**AG Justizvollzug 21**“ ausgearbeitet worden, wofür herzlich gedankt wird. Zur weiteren Detailbearbeitung wird vom **BSBD LV** eine „**Satzungsänderungskommission**“ eingesetzt, der die Kollegen **Konrath, Maurer-Hellstern und Karl** und **zwei bis drei weitere Verbandsmitglieder** angehören werden.

Folgende **Anträge des Ortsverbands Heilbronn** hat der Landeshauptvorstand angenommen:

- Umstellung der veralteten und unattraktiven **Mitgliedsausweise auf Scheckkartenformat** (wg. der Kosten sollen Sponsoren gesucht werden);
- Erlangen von **Vorteilen für Mitglieder** durch Knüpfung regionaler Kontakte (z.B. ermäßigte Eintrittspreise);
- Anpassung der **Schlüsselverlustversicherung** (Annahme als Arbeitsmaterial).

Personalratswahlen im April 2010

Der stellvertretende Landesvorsitzende Georg Konrath ging auch als Vorsitzender des Hauptpersonalrats beim Justizministerium mit seinem Redebeitrag vor dem Landeshauptvorstand auf die am 27. April 2010 stattfindenden Wahlen zum Hauptpersonalrat sowie am 27. und 28. April 2010 zu den örtlichen Personalräten in den Justizvollzugsanstalten des Landes ausführlich ein.

Er appellierte sehr nachdrücklich an die Versammelten, sich bei den **Wahlen für den BSBD** und für eine **hohe Wahlbeteiligung** einzusetzen. Es sei von erheblicher Bedeutung, dass der **BSBD** in den Personalräten stark vertreten sei, denn nur so könnten die Interessen der Bediensteten des Landes eingebracht und durchgesetzt werden.

Besonders wichtig sei ihm auch, dass der BSBD in den Wahlvorbereitungen und -versammlungen geschlossen auftrete und einen starken einheitlichen Rückhalt habe.

Gerade in der kurz zurückliegenden Zeit, in der es primär um die Dienstrechtsreform gegangen sei, habe er feststellen können, dass eine gemeinsame und solidarische Haltung sehr wichtig sei. So habe er an vielen Gesprächen teilgenommen – u.a. auch mit **Ministerpräsidenten Oettinger, Finanzminister Stächele und Justizminister Prof. Dr. Goll**. Dabei konnte er auch die Belange des Justizvollzugs bei den Anhörungen zur Erhöhung des Pensionsalters und besonders zur herabgesetzten besonderen Altersgrenze bei Schichtdienstleistenden einbringen. Selbstverständlich habe er bei diesen Erörterungen auch den **Werkdienst** nicht vergessen. Auch sei er bei den Gesprächen der ARGE-HPR auf höchster politischer Ebene von der Polizei beauftragt worden, auch deren Dienstbelange entsprechend vorzutragen und zu vertreten.

Dennoch habe er immer wieder festgestellt, dass bei diesen Kontakten mit der Landesregierung die 110.000 Lehrer und die über 30.000 Polizeibeamte regelmäßig

im Fokus der Diskussion stünden, wenn es um das Thema Beamte oder öffentlicher Dienst gehe. Das mache eben die große Zahl. Die gerade mal 3.500 Justizvollzugler spielten dabei leider kaum eine Rolle. Es ist deshalb unabdingbar, gerade im Vergleich zu diesen großen Gruppen fest geschlossen und solidarisch aufzutreten.

Im Zusammenhang mit den Personalratswahlen sei es deshalb geradezu destruktiv und wohl für den Wahlausgang vernichtend, wenn sich die Vollzugsinteressen aufspalten und die Bediensteten in einzelne Grüppchen zerfallen würden.

Schon bei der letzten Wahl habe der Vollzug nur einen Sitz im Hauptpersonalrat erringen können und es wäre fatal, wenn er im künftigen HPR überhaupt nicht mehr vertreten wäre. Dann müssten nämlich die Anliegen der Justizvollzugsbediensteten beispielsweise von Vertretern und Vertreterinnen aus den Gerichten wahrgenommen werden.

Deshalb gelte es auch, bei den Personalratswahlen keine einzige Stimme zu verschenken oder verfallen zu lassen.

Die acht Stimmen, die jedem bei der Wahl für den HPR zustehen, können einzeln vergeben oder auch jeweils bis zu drei Stimmen kumuliert werden. Wolle man schon Schwerpunkte setzen, so sei es kein Problem, zwei bevorzugte Kandidaten mit jeweils drei Stimmen zu bedenken und die restlichen zwei Stimmen den Spitzenkandidaten zu geben. Auch dies diene der Einheit und der Stärkung des Justizvollzugs im HPR und des **BSBD** in den örtlichen

Personalgremien. Für eine hohe Wahlbeteiligung sollte man auch an die Möglichkeit der **Briefwahl** denken und diese rechtzeitig beantragen.

Kollege **Georg Konrath** stellte mit Eindringlichkeit klar, dass er seit Jahren im Landesvorstand nicht nur für einen Dienst stehe, sondern den Vollzug als Ganzes ansehe.

Als Vorsitzender des HPR betrachte er mittlerweile sogar die Justiz in Baden-Württemberg als Einheit und er habe in vielen Jahren gewerkschaftlicher Arbeit erfahren müssen, dass wir – als Vollzug oder Justiz – nur dann wahrgenommen werden, wenn wir solidarisch zusammenstehen und mit einer Stimme sprechen. So werden auch durch die Einheit des Vollzugs die Personalratswahlen 2010 entschieden werden.

Zur konkreten Organisation und zu den Kandidaten für die Personalratswahlen führte Kollege Konrad noch aus:

- 1) Die Unterteilung in Beamte, Angestellte und Arbeiter ist entfallen. Nach dem Tarifvertrag für die Länder (TV-L) gibt es nur noch **zwei Gruppen: „Beamte“ und „Beschäftigte“**.
- 2) Voraussichtlich wird es **drei konkurrierende Gewerkschaftslisten** geben:
 - **Arbeitsgemeinschaft Justiz** – ein Zusammenschluss der Fachverbände im Beamtenbund (BBW);
 - **Bund der Strafvollzugsbediensteten (BSBD)**, Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR), Deutscher Anwaltsverein (DAAV), Deutscher Gerichtsvollzieherbund (DGVB), Württembergische und Badische Notare und Bund technischer Beamter (BTB).
 - **Deutsche Justizgewerkschaft (DJG)** – ebenfalls eine Gewerkschaft im BBW, die hier aber mit eigener Liste auftreten will.
 - **Ver.di**
- 3) Die Sitzverteilung auf die Gruppen (Beamte und Beschäftigte) muss noch durch den Hauptwahlvorstand festgelegt werden.
- 4) Der **BSBD** hat im Beamtenbereich acht erfahrene Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt, die Ihre Unterstützung verdienen!

Georg KONRATH
(AVD-Vorsitzender des Hauptpersonalrats)

Alexander SCHMID
(AVD-stv. BSBD-Landesvorsitzender, JVA Konstanz)

Wolfgang NEUREUTHER
(WD – Betriebsleiter – JVA Heilbronn)

Klaus FRANK
(mittl. VD, BSBD-Ortsvorsitzender JVA Mannheim)

Hans KARL
(geh. VD, BSBD-Ortsvorsitzender JVA Stuttgart)

Volker KERSTING
(Sozialdienst, BSBD-Ortsvorsitzender JVA Offenburg)

Martina SCHMID

(mittl. VD, Justizvollzugsschule BW)

Michael OTTO

(AVD, Mitglied im örtl. Personalrat JVA Ravensburg).

- 5) Im **Beschäftigtenbereich** ist die Kandidatensuche noch nicht abgeschlossen, weshalb sich interessierte Kolleginnen und Kollegen bitte an den HPR-Vorsitzenden **Georg KONRATH** wenden mögen.

Bisher können vorgestellt werden:

Marita TISLJAR

(AVD, Sprecherin der weiblichen Bediensteten im **BSBD-LV**, stv. VDL bei der JVA Schwäbisch Gmünd)

Marion VOGT

(Köchin bei der Sozialtherapeutischen Anstalt BW, Außenstelle Crailsheim).

Da bei der **Wahl 2005** die „AG Justiz“ eine deutliche Mehrheit errang, konnte diese **Liste mit Georg KONRATH (Vollzug) den Vorsitzenden** stellen.

Zum guten Schluss: Wie stark wir aus dem Vollzug bei den PR-Wahlen 2010 in den Gremien vertreten sein werden, bestimmt jede und jeder Bedienstete – also Sie – durch Ihre Wahl-Teilnahme und Stimmabgabe für den BSBD!

Termine:

Zum Abschluss der Landeshauptvorstandssitzung gab der Vorsitzende Ernst Steinbach folgende Termine bekannt:

- Gespräch mit der **FDP-Landtagsfraktion** am 03.11.2009 im Landtag,
- Gespräch mit **Justizminister Prof. Dr. Goll** am 11.11.2009 im Justizministerium Baden-Württemberg,
- Gespräche auch mit den **anderen Landtagsfraktionen** sind geplant.

Die **nächste Landeshauptvorstandssitzung** ist bereits anberaumt auf einen Termin vor den Personalratswahlen – nämlich am **16. April 2010**.

Der **Ortsverband Rottenburg** mit seinem Vorsitzenden **Detlef Hamacher** hat sich dankenswerter Weise bereit erklärt, Vorbereitung und Organisation der Sitzung zu übernehmen. *wok*

Werben Sie
neue
Mitglieder
für den
BSBD

Gespräche auf höchster politischer Ebene

Landesvorstand bei Justizminister

Prof. Dr. Goll und bei der FDP-Landtagsfraktion

Anliegen aller Bediensteten des Justizvollzugs im Zusammenhang mit der Dienstrechtsreform, mit der Privatisierung und vor allem mit den erforderlichen Sparmaßnahmen der Landesregierung waren zentrale Themen der Gespräche, um die der BSBD-Landesvorstand gebeten hatte.

Die Gespräche fanden statt:

- am 3. Nov. 2009 um 18.30 Uhr mit den Landtagsabgeordneten der FDP Dr. Hans-Peter WETZEL – zugleich Strafvollzugsbeauftragter – und Hagen KLUCK sowie dem parlamentarischen Geschäftsführer der FDP Detlef WIENS im Landtag in Stuttgart. Teilnehmer des **BSBD**: Landesvorsitzender Ernst STEINBACH und sein Stellvertreter und Vorsitzender des HPR der Justiz Georg KONRATH und
- am 11. Nov. 2009 um 16.30 Uhr mit Justizminister Prof. Dr. Ulrich GOLL, dem Leiter der Abteilung Justizvollzug – Ministerialdirigent Ulrich FUTTER und

Schulden ließen sich jedoch bei allen Bemühungen nicht vermeiden.

Für den Justizvollzug sicherte Justizminister GOLL zu, dass die Sparauflagen zu keinem Personalabbau führen werden.

Jedoch stünden Bauvorhaben des „Haftplatzentwicklungsprogramms Justizvollzug 2015“ und Maßnahmen aus dem „30-Mio.-Programm“ zur Disposition, wobei die Bauprojekte nicht aufgehoben würden, sondern nur verschoben werden. Hierzu ergänzte der Abteilungsleiter Justizvollzug, dass konkret der Um- und Ausbau der JVA Stuttgart Priorität habe, unmittelbar



dem persönlichen Referenten des Ministers – Richter aLG Florian DIEKMANN im Justizministerium in Stuttgart.

Vom **BSBD LV** nahmen teil: Landesvorsitzender Ernst STEINBACH und seine Stellvertreter Georg KONRATH und Alexander SCHMID sowie Justitiar Gerhard MAURER-HELLSTERN und Pressereferent Wolfgang KLOTZ.

Nach den Haushaltsberatungen im Kabinett und den Ergebnissen der wichtigen Haushaltsstrukturkommission, in der Justizminister GOLL Mitglied ist, steht nach seinen Worten fest, dass auch vom Justizbereich erhebliche Sparanstrengungen erwartet werden. Die Einnahmen würden im ungeahnten Ausmaß wegbrechen und selbst nach vorsichtigen Schätzungen müsse man jetzt mit 1,7 Mrd. EURO Steuermindereinnahmen für das Land rechnen. Bei der Haushaltsentwicklung sei im Grundsatz auf dem Weg der Solidität und Sparsamkeit geblieben worden, neue

gefolgt von der JVA Heilbronn. Der Neubau der JVA Rottweil könne nach der Feststellung des ungeeigneten Bauplatzes ohnehin zeitnah nicht realisiert werden, zumal derzeit die Finanzverwaltung noch auf neuer Standortsuche sei.

Es falle zudem – so Minister Goll – gegenüber den anderen Ressorts schwer, bei den gegenwärtigen Belegungszahlen in den Justizvollzugsanstalten umfangreiche Baumaßnahmen zu begründen; dies sei auch in der Öffentlichkeit nicht zu vermitteln. Gleichwohl halte er an den verfassungsrechtlichen Auflagen zur Unterbringung der Gefangenen ohne Einschränkungen fest.

Nach Einschätzung von Justizminister GOLL seien „wir mit einem blauen Auge“ gerade noch davongekommen, aber – wie „im richtigen Leben“ – seien „wir“ auch zwingend auf die Einnahmeseite angewiesen.

Gerade noch rechtzeitig – nämlich unmittel-

telbar vor dem Gespräch – hatte die **Landesregierung** die „**Eckpunkte für die Dienstrechtsreform in Baden-Württemberg**“ herausgegeben (s. auch an anderer Stelle in dieser Ausgabe).

Zu dem Punkt der „**Sonderaltersgrenze von 62 Jahren im Justizvollzug**“ bekräftigte Minister GOLL, dass er sich stets für eine Gleichbehandlung, einen Gleichklang mit der Polizei eingesetzt habe; dies sei nun erreicht. Eine weitere Sonderregelung zur Absenkung der Altersgrenze auf 60 Jahre hält er nicht für aussichtsreich, zumal dann zu viele differenzierte Vorschriften für längere und kürzere Schichtdienstzeiten geschaffen werden müssten. Auf Hinweis des **BSBD** könnte aber eine Möglichkeit im Zusammenhang mit der Regelung für lang dienende Beamtinnen und Beamten eröffnet werden. Erstaunen habe beim **BSBD** auch ausgelöst, dass die 62-Jahres-Grenze von der Polizeigewerkschaft ohne viel „Murren und Klagen“ hingenommen worden sei. Im Gegensatz dazu würde jedoch auch von den Feuerwehrleuten eine 60-Jahre-Lösung bevorzugt werden. Von Justizminister GOLL wird veranlasst werden, dass den Hinweisen des **BSBD** nachgegangen wird und sollten sich neue oder zusätzliche Erkenntnisse und Tendenzen zur Sonderaltersgrenze ergeben, könnte zeitnah eine erneute Besprechung mit dem **BSBD** anberaumt werden. Als weiteren bedeutenden Punkt sprach der Minister die **Besoldung der Anstaltsleiter** an: hier sei ihm besonders wichtig, den Stellenwert und das Ansehen des Justizvollzugs im Vergleich zu anderen Landesbehörden endlich auf eine angemessene höhere Ebene zu bringen. Für ihn stehe zweifelsfrei fest, dass die Leiter der großen Anstalten in die B-Besoldung eingruppiert werden – auch mit entsprechenden Auswirkungen auf die nachgeordneten Dienstbereiche. Zu dieser Besoldungsfrage wurde von Ministeriumsseite anerkennend vermerkt, dass der **Brief des BSBD**

vom Juli 2008 „1 zu 1“ von Herrn Minister übernommen worden sei! (s. hierzu **VOLLZUGSDIENST 6/2008**, S. 6f.)

Der Landesvorsitzende brachte die Sprache auf das brisante Thema der Besoldungsstruktur und der Eingruppierung bei den im Justizvollzug tätigen **Lehrern und Ärzten**, wobei insbesondere bei den Lehrern große Unzufriedenheit herrsche, da Baden-Württemberg bei der Lehrerbeseoldung im Vergleich zu den anderen Bundesländern „Schlusslicht“ sei. Hierzu wurden mehrere Ansatzpunkte zu Sonderregelungen erörtert – wie z.B. Anlehnungen an Sonderschulen oder „soziale Brennpunktschulen“ sowie Möglichkeiten von Sonderlaufbahnen, aber auch die Beachtung der Durchlässigkeit zum und vom Kultusbereich. Vom Justizministerium wurde zugesagt, entsprechende Erkundigungen – auch aus anderen Bundesländern – einzuholen und die Angelegenheit zu prüfen. Zur dienstlichen Situation der Vollzugsärzte könnte überlegt werden, ihre Anstellung und die Personalverwaltung wegen der Tarifbestimmungen bei einer zentralen medizinischen Einrichtung anzusiedeln.

Auf ausdrückliche Nachfrage des BSBD Landesvorstands, wann denn mit einer endgültigen Umsetzung der DRRef zu rechnen sei, wurde von Seiten des Justizministeriums bedeutet, dass gegenwärtig keinerlei Prognose für einen Zeitplan gewagt werden könnte. Maßgeblich für die weiteren Schritte sei zunächst die Wahl des neuen Ministerpräsidenten, die frühestens im Januar 2010 stattfinden könnte – davon hänge dann das „Timing“ für die DRRef ab!

Besonderes Interesse zeigte Justizminister Prof. Dr. GOLL an den vorab eingereichten Fragen zur **Teilprivatisierung in der neuen JVA Offenburg** und zu den damit verbundenen Arbeitsbedingungen im **Spannungsfeld zwischen öffentlichem Dienst und privatem Dienstleister**. Hier

trug der Landesvorsitzende ungeschönt und offen die Probleme vor, die ihm aus eigener Anschauung vor Ort und durch Mitteilungen von Bediensteten bekannt geworden sind. Dazu gehörten der hohe Personalwechsel bei den von KÖTTER privat Beschäftigten, die unzureichende Ausbildung dieser Mitarbeiter und ihr damit teils einhergehendes „kumpelhaftes“ distanzloses Verhalten zu Gefangenen. Weiter wurden erwähnt die sehr mangelhaften Arbeitsangebote und -möglichkeiten für Gefangene sowie die stockenden Aufnahmen und die dementsprechend geringe Auslastung in der Sozialtherapeutischen Abteilung.

Der Minister wies darauf hin, dass es nach gerade mal vier Monaten „Echtbetrieb“ in Offenburg sicher noch Unzulänglichkeiten gäbe, die jedoch in den Griff zu bekommen und zu beheben seien. Deshalb möge man auch nicht zu kritisch mit diesem grundsätzlich neuen Projekt der Vollzugsorganisation umgehen und ihm eine reelle Chance lassen, ohne es vorher zu zerreden. Probleme – so der Einwand des **BSBD** – mit strukturellen Ursachen wie der Ausbildungsmangel bei den privat Beschäftigten ließen sich aber keineswegs durch Zeitablauf lösen.

Nach jeweils knapp eineinhalb Stunden intensiven und sehr sachlichen Gedankenaustauschs dankte der Landesvorsitzende Ernst STEINBACH Herrn Justizminister Prof. Dr. GOLL mit Herrn Referenten DIEKMANN und Herrn Ministerialdirigenten FUTTER ebenso wie zuvor den zwei Herren Abgeordneten der FDP Dr. WETZEL und KLUCK sowie Herrn Geschäftsführer WIENS für die Gespräche in angenehmer und freundlicher Atmosphäre. Mit Spannung sehe man bereits dem nächsten baldigen Termin entgegen, wenn weitere und eventuell völlig unerwartete Fragen zur Dienstrechtsreform auf die Tagesordnung zu setzen seien. *wok*

EU-Recht

Pause im 7-Tage-Dienst zerreisst die Dienstpläne

Geänderte Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung (AzUVO) in Kraft getreten

Fast hätten wir eine bitter-saure EU-Suppe auslöffeln müssen! Dank der Formel-I-verdächtigen Reaktion des BSBD-Landesvorsitzenden und des HPR-Vorsitzenden ist dieser Kelch jedoch am Justizvollzug in Baden-Württemberg vorüber gegangen. Es stand nämlich so gut wie fest: Innerhalb des 7-Tage-Dienstes hätte zwingend eine Pause eingelegt werden müssen, wodurch in vielen Fällen der Wochenenddienst auseinandergerissen worden wäre, d.h. ein Bediensteter hätte z.B. an zwei aufeinander folgenden Wochenenden jeweils einen Tag Dienst gehabt. Zur Verhinderung solchen Unbills hätten ganze Dienstpläne und Gruppeneinteilungen in den JVA's auseinanderdividiert und umgestaltet werden müssen, von den vielen individuellen Härten bei verschlanktem Personalstand ganz zu schweigen. Für Kenner der Dienstplangestaltung: der Riesenaufwand und Ärger wäre zum Vollzugs-Alptraum geworden! Dies haben der BSBD und der HPR gemeinsam durch unverzügliche klare Eingaben an das Justizministerium und den Beamtenbund Baden-Württemberg verhindert!

Der Vorsitzende des BBW, Kollege Volker Stich hat hierzu folgendes mitgeteilt:

„Neue Ruhezeitregelung lässt Ausnahmen zu“

Die AzUVO sieht mit § 11 eine Neuregelung

der „Pausen- und Ruhezeiten“ vor. Die Vorschrift wurde entsprechend der europäischen Arbeitszeitrichtlinien dahingehend geändert, dass nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine Ruhezeit von mindestens elf zusammenhängenden Stunden (Mindestruhezeit) sowie einmal innerhalb eines Siebentageszeitraums ei-

ne daran unmittelbar anschließende Ruhezeit von mindestens weiteren 24 Stunden zu gewähren ist.

Für die Praxis in den Justizvollzugsanstalten wurden dadurch erhebliche Schwierigkeiten befürchtet. Die Dienstpläne in den JVA's beruhen im Regelfall auf einer wöchentlichen Schichtenteilung von

Montag bis Freitag, zusätzlich werden die Wochenend- und Feiertagsdienste in einem Jahresplan nach Dienstgruppen verteilt, weshalb es die Regel ist, dass die Beschäftigten in den JVA's in den Wochen, in denen dienstplanmäßig Wochenenddienst abzuleisten ist, 7 Tage am Stück arbeiten. Dies wäre mit dem neuen § 11 AZUVO nicht vereinbar und würde in einigen JVA's dazu führen, dass **die Wochenenddienste geteilt werden müssten und Beschäftigte, die derzeit alle 14 Tage an Samstagen und Sonntagen Wochenenddienst ableisten, künftig an jedem Wochenende einen Tag arbeiten müssten.** In besagtem Schreiben des Innenministeriums kam jedoch die Zusage, dass von den Ruhezeitregelungen die oberste Dienstbehörden auch Ausnahmen richtlinienkonform

zulassen können, wenn zwingende dienstliche Belange dies erfordern. **Das Justizministerium will davon entsprechend Gebrauch machen, sodass es in diesem Bereich bei der ursprünglichen Regelung bleiben wird.** (Hervorhebungen v. d. Red.)

Mit kollegialen Grüßen
Ihr Volker Stich

Der BSBD dankt sehr herzlich Kollegen Volker STICH, der sich als einziger Landesvorsitzender mit seinem BBW-Dachverband an die Seite des BSBD gestellt und gemeinsam mit ihm die schwerwiegenden praktischen Folgen der neuen „Pausenregelung“ abgewendet hat. wok

geschah unter Mitwirkung der Zollhunde-schule in Neuendettelsau, welche das „gemischte Team“ – nämlich Hund und Führer – drei Tage testete.

Ab Januar 2009 erfolgte in einem fünf-wöchigen Kurs die theoretische und praktische Ausbildung in der Hundeschule Neuendettelsau. Danach war das Team acht Wochen im praktischen Einsatz am Frankfurter Flughafen.

Die anschließende Prüfung bestanden Hauptsekretär Jürgen Zimmermann und seine ausgebildete Hündin „Akira“ als Prüfungsbeste.

Sonach konnte seit Mai 2009 die Hündin bei der vollzugspraktischen Kontrollarbeit in der JVA Freiburg eingesetzt werden. Sie wird dabei vorrangig bei der Kontrolle von Besucherinnen und Besuchern, zur Überprüfung von Gefangenen beim Ein- und Ausrücken von den Werk-betrieben sowie in den Unterrichtsräumen der Schule verwendet. Nach anfänglicher Verunsicherung – insbesondere der Besucherinnen und Besucher – trat rasch ein gewisser Gewöhnungseffekt ein.

Akira zeigt Betäubungsmittel an, welche am Körper oder in Körperöffnungen versteckt sind. Sie kann auch wahrnehmen, wenn Rauschgifte sich zuvor in der Kleidung befunden haben. Sie ist zudem in der Lage, den Konsum von Haschisch auch Tage später noch zu erschnüffeln. Dies hat sich unter den Gefangenen sehr schnell herumgesprochen, so dass eine Präventivwirkung eingetreten ist.

Viele Insassen, die nichts mit Betäubungsmitteln zu tun haben und dies auch nicht wollen, haben den Einsatz der Drogenhündin begrüßt. Von anderer Seite kamen aber auch – nicht unerwartet – massive Drohungen gegen Akira und ihren Hundeführer.

Nach Hinweisen aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen seien die Preise für Betäubungsmittel in der Subkultur stark durcheinander geraten; offenbar ist der Drogenmarkt in der Anstalt sehr deutlich verknappt. Als Indiz dafür kann auch gelten, dass die Funde von selbst angesetztem Most und selbst gebranntem Schnaps sehr zugenommen haben. Der Vorteil: Hierfür braucht man keinen Spürhund, denn die Versteckmöglichkeiten sind wegen der Größe der Behältnisse sehr eingeschränkt und den säuerlich beißenden Geruch des „Angesetzten“ kann man als Bediensteter mit „feinem Näschen“ selbst erschnüffeln.

Schließlich ist als Beleg für den erfolgreichen Einsatz der Drogen-spürhündin auch zu werten, dass die Anzahl der Urin-kontrollen mit positivem Befund erheblich zurückgegangen ist.

hjs/wok

In der JVA Freiburg:

Passivhund erfolgreich im Einsatz

Nach dem Volksmund beißen bellende Hunde nicht – stille Hunde beißen aber auch nicht! „Passivhund“ will auch nicht heißen, dass der Hund im Vollzugsdienst nichts tut und nur faul herumliegt, was ja Erzähler von Beamtenwitzen zu ungeahnten Ergüssen anstacheln könnte. So bezieht sich die Bezeichnung „Passivhund“ auf das dem Vierbeiner anezogene und antrainierte Anzeigeverhalten.

Passiv anzeigende Drogenspürhunde werden seit einigen Jahren im bayerischen Justizvollzug sowie bei den Zollbehörden – insbesondere an Flughäfen – eingesetzt. Während der aktiv arbeitende Hund, dies können z.B. auch Sprengstoffhunde sein, durch ihr Verhalten wie Bellen, Kratzen, Aufspringen usw. anzeigen, dass sie den Geruch einer Substanz wahrgenommen, also erschnüffelt haben, verhält sich der Passivhund dagegen still und ruhig. Er verharrt also – passiv – in einer gewissen Stellung oder Position, beispielsweise durch Sitzen – wie „Platz“ – und er fixiert mit seiner Schnauze und seinen Augen jenen Punkt, wo er den Geruch der Substanz wahrgenommen hat.

Wie leicht vorstellbar ist in manchen Situationen dieses passive Anzeigeverhalten besonders wichtig um zusätzliche Gefahrenmomente zu vermeiden. Auf diese unauffällige Weise kann der Hund nämlich seinem Führer den Fund anzeigen, ohne denjenigen zu warnen, der etwas verborgen hat. Dieses Verhalten kann somit auch der Sicherheit des Hundes und seines Führers dienen.

Wie bei allen Ausbildungen eines Hundes – so auch zu einem bestimmten Anzeigeverhalten – werden die modernen Methoden der Konditionierung angewandt. Dabei werden als Hilfsmittel meist Futter oder Spielzeug eingesetzt. Ein Drogenspürhund wird beispielsweise im Trainingsfall sofort nach dem gewünschten Anzeigen mit dem Spielzeug oder mit „Leckerle“ belohnt. Im Ernstfall wird dann die gefundene Droge zuerst entfernt und durch sein Spielzeug oder Futter ausgetauscht.

Die Justizvollzugsanstalt Freiburg erhielt im Sommer 2008 die Genehmigung des

Justizministeriums Baden-Württemberg zur Durchführung eines Pilotprojekts mit einem passiven Drogenspürhund. Nachdem sich ein Kollege aus den Reihen des allgemeinen Vollzugsdienstes bereit erklärt hatte, den Hund zu führen und sich mit ihm ausbilden zu lassen, konnte ein geeigneter Hund beschafft werden. Dies



Noch einmal: Privatisierung - TU FELIX BAVARIA! - Aus: Bayerischer Staatsanzeiger Nr. 44 v. 30. Oktober 2009

Freistaat baut Gefängnisse wieder selber

Finanzkrise macht den öffentlich-privaten Partnerschaften den Garaus

Der Finanzmarkt hat sie hervorgebracht, jetzt frisst die Finanzkrise ihre eigenen Kinder. Der Haushaltsausschuss des bayerischen Landtages hat jetzt die private Finanzierung für eine neue Haftanstalt bei Augsburg gestoppt. Das als Public Private Partnership (PPP) geplante Gefängnis komme den Steuerzahler teurer, als wenn der Staat selbst als Bauherr auftritt.

„Die Wirtschaftlichkeit des PPP-Projektes konnte nicht nachgewiesen werden“, so Georg Winter (CSU), Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Bayerischen Landtag. Bei PPP errichten private Firmen Schulen, Autobahnen oder auch Strafanstalten, betreiben sie teilweise und vermieten diese Anlagen dann für 20 Jahre oder mehr an die öffentliche Hand. Bisher wurde geltend gemacht, diese Privatisierung öffentlicher Aufgaben sei kostengünstiger. Damit ist es aber seit der Finanzkrise vorbei. „Ein maßgeblicher Grund sind die teurer gewordenen Kredite für die Privatwirtschaft“, so ein Sprecher des bayerischen Justizministeriums. Damit aber rechnen sich PPP-Projekte nicht mehr, der Staat kommt momentan günstiger an Geld heran. Nächstes Jahr will der Landtag noch über die verbleibenden PPP-Projekte in Bayern, darunter mehrere Brücken im Main-Bereich, entscheiden.

Rund 12.000 Häftlinge sitzen in 36 bayerischen Gefängnissen ein und es herrscht Platzmangel, im Freistaat fehlen rund 1000 Haftplätze. Die Folge sind Mehrfachbelegungen der Zellen, was ein erhöhtes Konfliktpotenzial mit sich bringt. Abhilfe schaffen sollte jetzt eine neue Justizvollzugsanstalt (JVA) in Gablingen bei Augsburg für 604 Strafgefangene, als PPP-Projekt war der Baubeginn für Februar 2010 vorgesehen. Ein privater Investor sollte die Haftanstalt bauen, finanzieren und 20 Jahre lang auch teilweise unterhalten. Dafür hätte ihm der Freistaat jährlich etwa zehn Millionen Euro überwiesen. Jetzt verschiebt sich der Bauplan, und das Finanzministerium muss kurzfristig fünf Millionen Euro für die Planung in Eigenregie bereitstellen.

PPP – das war bis zur Finanzkrise die Lösung des Gordischen Knotens, glaubt man Verfechtern dieser Privatisierungspolitik. Weil die Kassen der öffentlichen Haushalte leer und weil Privatfirmen angeblich besser als der Staat wirtschaften, sei das Mieten derartiger Anlagen über mehrere Jahrzehnte hinweg der kostengünstigere Weg. Bei den Gefängnissen machte Hessen unter Ministerpräsident Roland Koch den Vorreiter, 2006 entstand mit der JVA Hünfeld die erste teilprivatisierte Haftanstalt der Bundesrepublik. Bei dem gegen den Widerstand von Opposition, Gewerkschaften und Strafvollzugsexperten durchgesetzten Pilotprojekt übernahm der britische Dienstleistungskonzern Serco mit 97 Angestellten Aufgaben wie die Verpflegung, die medizinische Betreuung oder die Organisation und den Betrieb der Werk-



Wird eine Justizvollzugsanstalt wie das Münchner Frauengefängnis als PPP-Modell errichtet, muss die Sicherheit gewährleistet sein. Foto: Stumberger

stätten, rund 45 Prozent des Betriebes sind privatisiert. Bewacht werden die Insassen freilich noch von 114 staatlichen Bediensteten. Das Hauptargument für diese Privatisierung öffentlicher Aufgaben: Das Land spare so bis zu 660.000 Euro im Jahr.

Das Beispiel machte in anderen Bundesländern Schule. In Sachsen-Anhalt wurde Mitte des Jahres die Justizvollzugsanstalt Berg eröffnet. Gebaut und betrieben wurde und wird die JVA vom Baukonzern Bilfinger Berger und der Sicherheitsfirma Kötter Security, das Konsortium investierte 100 Millionen Euro in die 650 Haftplätze. In einem Vertrag mit 3000 Seiten mietete das Land Sachsen-Anhalt die JVA auf 25 Jahre an und zahlt dafür 512 Millionen Euro. Auch in Bayern setzte man bislang auf PPP. So wurde der Neubau der Frauenvollzugsanstalt Stadelheim in München von einem privaten Investor finanziert. Den Zuschlag erhielt eine Bietergemeinschaft der Unternehmen BAM Deutschland AG und Südleasing GmbH, die das Gebäude für Investitionskosten in Höhe von 26,6 Millionen Euro errichteten, für die der Freistaat jährliche Zahlungen entrichtet. Bayern sieht den Betrieb der Strafanstalten allerdings als rein hoheitliche Aufgabe an, hier bleiben private Firmen außen vor.

Doch schon vor der Finanzkrise wurden erhebliche Zweifel an diesen Finanzierungsmodellen laut. So entpuppte sich das Vorzeigeprojekt der JVA Hünfeld als höchst fragwürdig. Ein Haftplatz im teilprivatisierten Hünfeld kostete pro Tag mehr als in der staatlichen JVA Darmstadt, ging

2008 aus einer Aufstellung des hessischen Justizministeriums hervor. Klärung sollte nun ein Gutachten der Fachhochschule Fulda bringen. Dort aber kam man zu dem Schluss, ein Vergleich sei nicht möglich: „Eine an sich wünschenswerte aus-

schließliche Betrachtung der Kosten der teilprivatisierten Bereiche erweist sich als nicht möglich, da die Tätigkeiten und Prozesse, die in der JVA in Hünfeld privatisiert wurden, sich in den vorhandenen Organisations- und Kostenstellenstrukturen der Anstalten nicht isoliert betrachten lassen.“ Trotz-

dem wurde der Vertrag mit den Betreibern um zwei Jahre verlängert, auch wenn nun nur noch von 180.000 Euro Einsparung statt der angekündigten 660.000 Euro die Rede war.

Auch bei dem neuen, per PPP-Modell errichtete Frauengefängnis in München gibt es Probleme. Es gebe sicherheitsrelevante Mängel und intensiven Nachbesserungsbedarf, bestätigte das bayerische Justizministerium Presseberichte. Der Ausschussvorsitzende Winter sprach von einer „riesigen Mängelliste“ von 40.000 Beanstandungen. Ursprünglich sollten die 150 Haftplätze im Juni dieses Jahres belegt werden, durch die Baumängel standen aber nur 80 Plätze zur Verfügung. Bis heute ist noch keine Vollbelegung erreicht. Die Öffentlich-Privaten-Partnerschaften galten ebenso wie das „Cross-Border-Leasing“, bei dem deutsche Städte zum Beispiel ihre Abwasserkanäle an amerikanische Firmen verkauften, um sie dann zurückzumieten, als ein Finanzierungstrick gegen die leeren Haushaltskassen. Letztendlich, bemängelt der Bayerische Oberste Rechnungshof, sei PPP keineswegs der Königsweg der Finanzierung von Investitionen, sondern nichts anderes als eine Stundung der Ausgaben. Denn mit den Laufzeiten der PPP-Verträge von oft mehr als 20 Jahren werde die Finanzierungslast nur in die Zukunft verschoben. (Rudolf Stumberger)

Es wäre ein großes Freudenfest für den BSBD, wenn auch die baden-württembergische Justizpolitik diesen – richtigen – Weg der Bayern einschlagen könnte!

BSG-Sportgemeinschaft auf 3-tägiger Informationstour in München



V.l.n.r. Kollege Sammer (JVA Straubing), die Koll. Ruf, Thiel, Purucker und Kollegin Beer (JVA Straubing).

Am Freitag, den 25.09.09 pünktlich um 5.00 Uhr fuhr uns der Pensionär Hermann Schill mit dem Bus über die Schwarzwaldberge am Bodensee entlang in Richtung bayerischer Hauptstadt. Bei strahlendem Herbstwetter wurde die Hinfahrt nach München über Memmingen, Landsberg zu einer schönen Erholungsfahrt.

In München angekommen war die JVA Stadelheim die erste Station unserer dreitägigen Tour. Wir wurden durch den Ausbildungsleiter Herrn Alexander Sammer und seiner Stellvertreterin Frau Brigitte Beer begrüßt und über die JVA Stadelheim und deren Ausmaße und Dimensionen informiert, die das Potenzial unserer Anstalt in Freiburg bei weitem übertrifft. Nach einem informativen Anstaltsrundgang wurde in der Kantine der JVA das Mittagessen eingenommen, um dann gestärkt die weitere Zeit zu nutzen um in Stadelheim noch weitere Eindrücke über die besagten Dimensionen zu gewinnen. Anschließend wurde den Stadelheimer Kollegen als Dank eine Luftaufnahme der JVA Freiburg mit einer Einladung für einen Gegenbesuch in Freiburg überreicht.

Nach dem Besuch in Stadelheim wurde umgehend das Hotel bezogen, um dann in fescher bayerischer Tracht die Wies'n aufzusuchen. Auf der Wies'n schwappte dann aber unter Gleichgesinnten sofort die Festlaune über und es wurde ein freudiger Abend bis ca. 23.00 Uhr im Festzelt, so dass dann jeder auf seine Kosten kam. Am Samstag ging es nach einem ausreichendem Frühstücksbuffet mit unserem Fahrer Hermann zur nächsten Etappe und zwar mit kurzem Stopp am Ammersee in Richtung Kaltenberg, wo die Besichtigung der Schlossbrauerei von Prinz Luitpold von Bayern anstand. Hier vermutete man auf den ersten Blick keinesfalls was in den Tiefen dieses Schlosses sich alles an Braukunst und Behälterdimensionen befand. Alle Kollegen waren erstaunt über soviel

Know-how auf Kaltenberg und dies wurde mit einer kostenlosen Bierprobe und dementsprechendem Vesper abschließend ab-

gerundet. So stand dann der Spätnachmittag und Abend wieder zur freien Verfügung, der für eine erneute Stippvisite, entweder in der Stadt oder auf der mit Anhängern des Oktoberfestes überfluteten Wiesengeländes abermals genützt wurde. So wurde dann am Sonntag die Rückkehr nach Freiburg nach einem ausgiebigen Frühstück gemächlich angegangen, was aber dann doch eine achtestündige Fahrtzeit, unterbrochen durch viele Staus zur Folge hatte.

Alles in Allem war es wieder einmal eine richtig nette Tour, die alle Beteiligten sicherlich noch lange in Erinnerung behalten werden und es nach fast zehnjähriger Tourpause endlich wieder mal gelang etwas auf die Beine zu stellen. Gedankt sei hier noch unserem Organisator Joachim Purucker und unserem Fahrer Hermann Schill, der keine Mühen scheute uns jeden Tag nach unseren Wünschen an Ort und Stelle zu bringen und für uns jederzeit präsent war.

Bernhard Ruf



Reiseteilnehmer der JVA Freiburg.

BSBD Reise nach Polen ins Riesengebirge Karpacz/Krummhübel

Vom 05.11. - 08.11.09 unternahm der BSBD Ortsverband Freiburg eine viertägige Reise nach Polen. Diese kam auf Initiative unseres Kollegen Karl Adler in Zusammenarbeit mit dem saarländischen Kollegen Joachim Karpitzka zustande, welcher als Dolmetscher fungierte. Die Kollegen Adler, Bürklin und Wintergerst besuchten bereits im Rahmen eines Europaseminares im Jahr 2006 in Görlitz drei polnische Vollzugsanstalten, sowie die Strafvollzugsschule in Karpacz.

Pünktlich um 5.00 Uhr startete am Donnerstag, den 05.11.09 der Bus mit 21 Teilnehmern, darunter zwei Pensionäre mit ihren Ehefrauen in Richtung Polen. Unser Busfahrer Kollege Hans Hauber steuerte den Bus souverän in Richtung Waldorfer Kreuz in Richtung Heilbronn. In der Raststätte Kraichtal bei Sinzheim stiegen dann zwei Freunde und Kollegen aus dem Saarland Joachim Karpitzka und Harald Bischoff zu. Nach kurzer Rast und Fahrerwechsel übernahm Kollege Ernst Wirth die

Weiterfahrt über Heilbronn in Richtung Nürnberg. Auf dem Rastplatz bei Schwalmbach wurde dann noch der pensionierte Kollege Willi Schulze von der JVA Kaisheim aufgenommen. Nach einem deftigen heißen Wurstvesper ging es dann weiter. Nach zwei weiteren Stopps im Rasthof Auerswalder Blick bei Chemnitz und an der Grenze zu Polen erreichte man schließlich gegen 18.00 Uhr das Hotel Corum in Karpacz. Nach dem Abendessen und gemütlichem Beisammensein ging ein



Reisegruppe vor dem Hotel Corum in Karpacz.

langer Tag zu Ende. Am Freitagmorgen stand nach dem Frühstück um 8.45 Uhr ein Empfang in der Strafvollzugsschule auf dem Programm. Der Schulleiter Herr Major Wiesław Oleksiak begrüßte uns sehr herzlich. Nicht schlecht staunten wir, als uns der Schulleiter die Herren Kapitän Jan Gondek und Major Jozef Pach vom Justizministerium Niederschlesien mit Sitz in Breslau vorstellte, welche extra angereist waren, um sich zur Diskussion mit den Kollegen zur Verfügung zu stellen.

In Niederschlesien gibt es 15 Vollzugsanstalten und die Strafvollzugsschule in Karpacz. Die Belegungsfähigkeit reiche von 150 – 1400 Gefangenen. Breslau sei die größte und Luban die kleinste Vollzugsanstalt. In Breslau wird Schule bis zur Ablegung des Abiturs angeboten. Verschiedene Berufe wie zum Beispiel Fliesenleger und Schlosser können erlernt werden. Im Land Niederschlesien arbeiten ca. 2300 Bedienstete bei einem Gefangenenstand von ca. 8000.

Privatisierung sei kein Thema in Polen.

In der Strafvollzugsschule gibt es 22 Arbeitsplätze für Gefangene. Es ist ein Privileg für einen Gefangenen hier zu arbeiten, so der Leiter der Strafvollzugsschule.

Der 1. Vorsitzende vom BSBD Ortsverband Freiburg Kollege Heinz Wintergerst überbrachte die Grüße des Freiburger Anstaltsleiters Herrn Rösch, sowie die Grüße des BSBD Landesverbandes Baden-Württemberg. Weiter bemerkte er, dass unsere Teilnehmer gerne nach Polen gekommen seien. Dieser Besuch diene zum gegenseitigen Kennenlernen und trage im Hinblick der Nachbarschaft und EU-Mitgliedschaft zur deutsch-polnischen Völkerverständigung bei. Als Dank übergab er dem Schulleiter Herrn Oleksiak, sowie den Herren vom Ministerium Herrn Gondek und Herrn Pach ein Weinpräsent vom Kaiserstuhl. Ebenso überbrachte Kollege Harald Bischoff die Grüße aus dem Saarland und übergab an den Schulleiter ein Weinpräsent. Der saarländische Kollege Joachim

Karpitzka fungierte hier als unverzichtbarer Dolmetscher.

Nach der Verabschiedung ging es dann weiter mit dem Bus über Jelena Gora nach Luban mit Begleitung eines örtlichen Reiseführers Jan, welcher über Land und Leute ausgiebig informierte. Kurz vor Mittag erreichten wir Luban. Bei der Berufsfeuerwehr konnten wir unseren Bus parken. Dort erwartete uns schon der Kommandant der Feuerwehr und der Anstaltsleiter Herr Waldemar Czarniecki. Es wurden uns die Räumlichkeiten und Fahrzeuge der Feuerwehr vorgeführt. Danach ging es zu Fuß in die Vollzugsanstalt. Der Anstaltsleiter Herr Czarniecki stand uns Rede und Antwort. Die Vollzugsanstalt Luban sei die einzige Anstalt in Niederschlesien ohne Bewaffnung der Wachtürme. Die Sicherheit wird über elektronische Geräte (Kameras) überwacht. Die Vollzugsanstalt ist 150 Jahre alt. Es wird Untersuchungshaft vollzogen. 155 Haftplätze stehen zur Verfügung. Nach der Verurteilung erfolgt die Unterbringung in andere Vollzugsanstalten. Nach vielen Fragen der Reisegrup-

pe bedankte sich Heinz Wintergerst beim Anstaltsleiter Herrn Czarniecki auch im Namen des Freiburger Ortsverbandes, dem Landesverband Baden Württemberg und dem Freiburger Anstaltsleiter Herrn Rösch und übergab ein Korb mit Spezialitäten aus dem Schwarzwald und Kaiserstuhl, sowie ein Luftbild der JVA Freiburg und lud zum Gegenbesuch nach Freiburg ein. Danach wurden wir über das Anstaltsgelände geführt. Beeindruckend war die Sauberkeit im Hof und Haftgebäuden. Klein waren die Höfe, welche mit S.-Draht nach oben abgesichert waren. Interessant war die elektronische Schließanlage der Außentüren in das Haftgebäude. Mittels Chip konnten die Türen geöffnet werden. Die Vollzugsanstalt war in einem sehr gut saniertem Zustand. Nach der Führung begleitete uns der Anstaltsleiter zu einer Gaststätte in Luban, in der wir das Mittagessen einnahmen. Danach folgte noch eine Führung in Luban durch unseren Reiseführer Jan. Auf dem Nachhauseweg wurde in Jelena Gora ein Zwischenstopp eingelegt. Bei Dunkelheit wurde nur der Stadtkern besichtigt. Nach dem Abendessen im Hotel, an welchem auch der Anstaltsleiter Waldemar Czarniecki mit Ehefrau und Sohn teilnahm, folgte man einer Einladung des Lubaner Anstaltsleiters in die Strafvollzugsschule, welche zu Fuß in etwa 800 Metern vom Hotel entfernt erreicht wurde. Dort folgte ein reger Austausch mit anwesenden Strafvollzugsschülern. Man feierte zünftig mit den landesüblichen Getränken, sodass im Laufe des Abends die Sprachbarrieren geringer wurden. Die Zeit verging im Flug. Nach Mitternacht verabschiedete man sich mit dem Wunsch sich wieder zu treffen. Diese Feier festigte ebenfalls die deutsch-polnische Freundschaft.

Am Samstag nach dem Frühstück war um 8.00 Uhr Abfahrt zur ganztägigen Besichtigung der Stadt Breslau (635.000 Einwohner). Nach zweieinhalbstündiger Fahrzeit auf zum Teil sehr schlechten Straßen erreichten wir Breslau. Dort stand uns bis 15.00 Uhr ein Reiseleiter zur Verfügung. Zuerst führte er uns zum Panorama von Radlawice. Es gehört zu einer der



V.l.n.r. Wintergerst, Kaptän Gondek, Major Pach u. Schulleiter Oleksiak.



V.I.n.r. Adler, Wintergerst, Anstaltsleiter Waldemar Czarnicki und Dolmetscher Karpitzka (Saarland).

wichtigsten Touristatraktionen Breslaus. Das originale Werk von Stryka Wojciech Kossak und ihren Mitarbeitern wurde ab August 1893 bis Mai 1894 speziell für die Allgemeine Staatsausstellung geschaffen. Dieses riesige Rundgemälde (120 x 15 Meter) ist eine einmalige Darstellung der Schlacht bei Radlawice vom April 1794 zwischen den polnischen Aufständler, welche die russische Armee besiegten, womit sie dem Volk Hoffnung auf Unabhängigkeit gaben. Die Bomben des zweiten Weltkrieges haben ein Teil des Gemäldes zerstört. Die Nachkriegszuschauer konnten das ganze Werk erst wieder am 14. Juni 1985 sehen.

Danach folgte eine ausgiebige Stadtrundfahrt mit dem Bus. Markante Punkte der Stadt wurden angesteuert. Wie zum Beispiel die Jahrhunderthalle, sie ist eins der bekanntesten architektonischen Objekte von Breslau. Überall in der Stadt konnten wir prachtvolle Bürgerhäuser, versteckte Denkmäler, großartige Brücken und entzückende Winkel bewundern. Nach der Besichtigung des Dom Johannes des Täufers, ging es dann zur Besichtigung der

Breslauer Universität. Im Inneren des Bauwerkes befindet sich eine der prachtvollsten Sehenswürdigkeiten der Stadt – die barocke Aula. Im Anschluss daran gingen wir zu Fuß zum Marktplatz. Die wertvollste Sehenswürdigkeit auf dem Marktplatz ist das Rathaus dessen Bau 1290 eingeleitet und einige Jahrzehnte lang ununterbrochen fortgesetzt wurde. Am Rathaus befindet sich eine astronomische Uhr von 1580. Am Rathausplatz wurde die Führung beendet und jeder konnte noch zwei Stunden zur freien Verfügung nutzen. Danach ging es wieder mit dem Bus zurück nach Karpacz. Um ca. 19.30 Uhr erreichten wir das Hotel. Nach dem Abendessen und gemütlichem Beisammensein klang dann der Tag aus.

Am Sonntag nach dem Frühstück wurde um 8.00 Uhr die Heimreise angetreten. Kurz vor der deutschen Grenze wurden noch in einem Kaufhaus die restlichen polnischen Sloty ausgegeben. Nach zwei weiteren Stopps verabschiedeten wir uns von dem bayerischen Kollegen Willi Lange in Schwalmbach. Nächster Halt war dann die Raststätte Kraichtal, dort wurden die Kol-

legen Karpitzka und Bischoff aus dem Saarland verabschiedet. Kollege Wintergerst bedankte sich noch einmal bei den saarländischen Freunden, vor allem bei Joachim Karpitzka für seinen so wertvollen Einsatz als Dolmetscher. Danach ging es auf das letzte Teilstück nach Freiburg, welches dann man um ca. 21.45 Uhr erreichte. An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Teilnehmern bedanken, die zum Gelingen dieser Reise beigetragen haben. Besonderer Dank gilt unseren beiden Fahrern Hans Hauber und Ernst Wirth, ebenso sei dem **BSBD** Landesverband Baden Württemberg für die Unterstützung gedankt. Es war eine anstrengende, interessante und informative Reise nach Polen, welche mit Sicherheit in Erinnerung bleiben wird.

Anwärterausflug der JVA Rottweil

Gute Stimmung trotz schlechtem Wetter

Am 6. und 7. Juli führte die JVA Rottweil unter Leitung ihres Ausbildungsleiters, Hauptsekretär Jörg Hildebrandt, einen Ausflug ins Allgäu durch. Schwerpunkt des Ausflugs war eine dreistündige Führung durch die JVA Kempten an dem die zehn Anwärter und ihr Ausbildungsleiter



teilnahmen. Ein besonderer Dank geht hierbei an den stellv. Dienstleiter der JVA Kempten Herrn Boguth für die ausführliche Erklärung und Führung. Nach einem kurzen Bergmarsch verbrachten die Anwärter die Nacht im bekannten Schwabenhäus mit großer Vorfreude auf den darauf folgenden Tag, da ihr Ausbildungsleiter für jeden einen Gleitschirmflug organisiert hatte. Leider war das Wetter zu schlecht um den Gleitschirmflug durchzuführen und man wich auf den Klettergarten bei Immenstadt aus. Im Klettergarten konnten die Anwärter ihre Teamfähigkeit, Koordination sowie ihre Belastbarkeit unter Beweis stellen. Nach einem stärkenden Mittagessen wurde der Ausflug mit einer rasanten Abfahrt im Alpsee Coaster beendet.



Reisegruppe vor dem alten Breslauer Rathaus.

Lebhaftes Mitgliederversammlung des OV Bruchsal mit Neuwahlen

Am 17.11.09 fand im Gruppenraum der JVA Bruchsal die jährliche Mitgliederversammlung des Ortsverbands Bruchsal statt. Nach der Mitgliederversammlung 2008, als der Ortsverbandsvorsitzende kommissarisch für ein Jahr bestellt worden war, haben noch aktive Vorstandsmitglieder im Laufe des Jahres die Ärmel hochgekrempelt und Kollegen gesucht, die sich aktiv im BSBD Ortsverband einbringen wollten.

Erfreulicherweise war die Mitgliederversammlung überaus gut besucht (ca. 20% aller Mitglieder) und erstmals seit langem mehr Aktive als Pensionäre bei der Versammlung vertreten. Da der kommissarische Ortsverbandsvorsitzende Andreas Becker kurzfristig erkrankt war, wurde die Versammlung von Wolfgang Reichert eröffnet. Er begrüßte die anwesenden Mitglieder und wies auf die Improvisation der Sitzung hin. Trotz Improvisation verlief die Versammlung sehr lebhaft, sachlich und harmonisch, jedoch nicht unkritisch. Es wurde von allen Anwesenden festgestellt wie wichtig der **BSBD** in seiner Funktion als Gewerkschaft und Interessenvertretung für die Strafvollzugsbediensteten ist und dass man den Ortsverband nicht sterben lassen darf, wie es einige der Pensionäre schon befürchtet hatten. Die Tagesordnung wurde zügig abgearbeitet und dann kam es zu den Neuwahlen. Die „alte“ aktive Vorstandschaft unterbreitete den anwesenden Mitgliedern die im Laufe des Jahres erzielten Ergebnisse und eine Vorschlagsliste mit Kollegen/innen, die sich zum Engagement im Ortsverband bereit erklärt hatten.



■ Gewählt wurden:

OVV Andreas Becker, Stellv. OVV Heike Moshhammer, Emmerich Hauck (Kassier), Jürgen Penz (Schriftführer), Klaus Sonnenschein (Ruhestandsbeamte), Anke Brückel (Tarifbeschäftigte), Achim Zimmermann (mittlerer VWD), Wolfgang Reichert (gehobener D), Ute Groß (Krankenpflegedienst), Kathlen Mohr und Sylvia Thiel (AVD Frauen), Uwe Bechler und Jörg Scheuring (AVD Männer), Volker Götzmann (Werkdienst), Meinrad Straus und Andreas Bittermann (Kassenprüfer).

Die spontane Bereitschaft anwesender Mitglieder zur Übernahme von Vorstandspositionen führte sogar dazu, dass im Voraus vakante Posten besetzt werden konnten, in einem Fall sogar eine Kampfabstimmung erforderlich war.

Nach den Wahlen erfolgte von Koll. Reichert noch ein Rückblick auf die Aktivitäten des **BSBD** in 2009 und eine Vorschau auf Neuerungen und Änderungen, die auf die Kollegen und Kolleginnen ab 2010 zukommen werden. Anschließend klang die Versammlung in geselliger Runde aus.

U. Groß

Thomas Röther national und international erfolgreich im Tauziehen



Kollege Röther in Aktion.

Viele von den Lesern kennen die Sportart Tauziehen vom Landessportfest, oder haben schon einmal davon gehört. Kollege Thomas Röther ist zurzeit noch in Ausbildung (AVD) und betreibt diese Sportart aktiv in der Bundesliga mit der Mannschaft aus Kollmarsreute, sowie als Mannschaftsmitglied in der Nationalmannschaft.



V.l.n.r. VDL Herr Schwaab, Anstaltsleiter Herr Rösch, Kollege Röther und OVVS Wintergerst.

International nehmen die Länder: Amerika, Irland, Schweiz, Schweden, Lettland, Südafrika, Belgien, Holland, England,

Ukraine, Litauen, Rußland und Italien an Europa- und Weltmeisterschaften teil. Thomas Röther hatte in den letzten Jahren

einige Erfolge zu verzeichnen:

- 2005 Südbadischer Meister**
- 2005 Bronzemedaille bei den Europameisterschaften in Italien**
- 2006 Goldmedaille bei der Weltmeisterschaft in Holland**
- 2007 4. Platz bei der Europameisterschaft in England**
- 2008 4. Platz bei der Weltmeisterschaft in Schweden**
- 2009 Südbadischer Vizemeister und Bronzemedaille bei den Europameisterschaften in Holland.**

2010 findet die Weltmeisterschaft in Südafrika statt. Er hofft auch dort mit der Nationalmannschaft Erfolg zu haben.

Kollege Röther bedankte sich bei der Anstaltsleitung und allen Kolleginnen und Kollegen für die Unterstützung, die ihm zuteil wurde.

Beim nächsten Sportfest in Heimsheim wird die JVA Freiburg mit einer Damen- und Herrenmannschaft antreten, so Kollege Röther.

Der Ortsverband Freiburg, die Anstaltsleitung sowie alle Mitarbeiter der JVA Freiburg sind stolz, einen so erfolgreichen sportlichen Kollegen in ihren Reihen zu haben und wünschen ihm für die Zukunft noch viele erfolgreiche Teilnahmen bei nationalen und internationalen Wettkämpfen.

des Rebensaftes wurden ausführlich erklärt. Während der Führung wurden verschiedene Weine verkostet.

Nach der Führung gab es noch Gelegenheit zum Weineinkauf.

Nach der Weinprobe ging es dann zurück zur Unterkunft in das Gasthaus Rebstock in Malterdingen, welches man gegen 20.00 Uhr erreichte. Nach dem Abendessen klang dann der sehr lange Tag aus. Der Busfahrer verstand es die Truppe mit seiner Ziehharmonika und bayerischen Weisen bei Laune zu halten.



Anstaltsleiter Herr Rösch (Bildmitte) bei der Begrüßung.

Am Samstag, den 03.10.09 ging es nach dem Frühstück bei schönstem Herbstwetter zur Besichtigung zu dem Freilichtmuseum Vogtsbauernhöfe nach Gutach. In erstaunlicher Frische konnten die Freiburger Kollegen Adler und Wintergerst mit ihren Ehefrauen die bayerischen Gäste begrüßen. Nach der Besichtigung wurde im Gasthaus Bad in Furtwangen das Mittagessen eingenommen. Auf dem Nachhauseweg gab es noch einen Stopp bei den Triberger Wasserfällen.

JVB Ortsverband Kaisheim/Bayern besucht die JVA Freiburg

Der Ortsverband Kaisheim unternahm vom 02.10 - 03.10.2009 einen zweitägigen Ausflug nach Freiburg und in den Schwarzwald. Dieser Ausflug kam auf Grund persönlicher Kontakte zwischen dem Kaisheimer Ortsverbandsvorsitzenden Dietmar Breitkopf und den Freiburger Kollegen Adler, Bürklin und Wintergerst zustande. Am Freitag, den 02.10.09 stand die Besichtigung der JVA Freiburg auf dem Programm.

Um 10.30 Uhr begrüßten der Freiburger Anstaltsleiter Herr Rösch, der Vollzugsdienstleiter Herr Schwaab und der Ortsverbandsvorsitzende Kollege Wintergerst die Gäste aus Kaisheim,

Nach der Begrüßung und Übergabe der Gastgeschenke führte der Vollzugsdienstleiter Herr Schwaab die Gäste durch die Freiburger Justizvollzugsanstalt.

Nach der Führung wurden die Gäste zum Mittagessen in die Kantine eingeladen. Das Mittagessen wurde von der Lehrlingsküche unter der Leitung von Küchenleiter

Kollege Georg Reinbold und Lehrlingsausbilder Herrn Winfried Rösch zubereitet.

Nach dem Mittagessen bedankte sich Kollege Wintergerst bei dem Küchenleiter Reinbold und seinem Team für das gelungene Menü. Ebenfalls überreichte Kollege Wintergerst dem Ortsverbandsvorsitzenden Dietmar Breitkopf ein Gastgeschenk. Der Vollzugsdienstleiter der JVA Kaisheim Herr Koch hat während des Mittagessens eine Einladung zum Gegenbesuch ausgesprochen.

Nach dem Gruppenfoto im Hof der JVA Freiburg stand schon der nächste Punkt auf dem Programm. Der Pensionär und ehemalige Leiter der Buchbinderei Ingolf Reichenbach führte die Besuchergruppe durch die Freiburger Innenstadt und wußte einiges über die Stadtgeschichte zu erzählen.

Als letzter Programmpunkt stand am Abend die Besichtigung der Burkheimer Winzergenossenschaft mit Weinprobe auf dem Programm.

Die Freiburger Werkdienstkollegen Vogginger, Mathias, Hahn und Clemens führten die Gäste durch die Winzergenossenschaft. Die Herstellung und Verarbeitung



Gruppenfoto im Hof der JVA Freiburg.

Ortsverband Rottweil besuchte die JVA Palma de Mallorca



Gruppenbild: stehend von links: Bruno Gülich, Steffen Konetzki, Anstaltsleiter Manuel Avilés, Reiner Baier, die Vollzugsdienstleiterin (Jefe de servicio), Martin Wartmann. Sitzend v. links: Steve Schaller, Marc Wischki, Darius Kryspin, Rüdiger Marquart.



JVA Palma de Mallorca.

Bei einer sicherlich nicht alltäglichen Informationsfahrt der Ortsgruppe Rottweil nach Mallorca konnten im Rahmen der Besichtigung der dortigen JVA Palma de Mallorca sehr beeindruckende Erkenntnisse gewonnen werden.

Am 28.09.2009 bestieg eine Gruppe von acht Beamten der JVA Rottweil den Flieger in Stuttgart mit dem Ziel, drei Tage auf Mallorca zu verweilen. Aber nicht wie man auf den ersten Blick denken konnte, mit dem Hauptaugenmerk auf den „Ballermann“ gerichtet. Die Gruppe hatte vielmehr eine Einladung des **MINISTERIO DEL INTERIOR** (span. Innenministerium) als **Delegacion Oficial de Alemania**, die JVA Palma de Mallorca zu besichtigen. Ganz so einfach war die Sache selbstverständlich nicht, denn es mussten einige Schriftwechsel in spanischer Sprache getätigt werden, bevor die Gruppe grünes Licht für die Besichtigung bekam.

Umso gespannter war die Ortsgruppe, als man mit dem Taxi zur JVA fuhr, wo die Dolmetscherin bereits auf die Rottweiler Abordnung wartete. Nach sehr strengen Einlasskontrollen wurde man von einer sehr netten Vollzugsdienstleiterin (Jefe de servicios) empfangen und fachkundig durch die komplette Anstalt geführt. Alle Module (Hafthäuser) wurden abgesprochen und dank der Dolmetscherin perfekt erklärt. Besonders beeindruckend war, dass die Anstalt 1900 Gefangene aufnehmen kann. Momentan sind allerdings nur 1688 Haftplätze belegt, davon ca. 170 durch Frauen. Besonders erwähnenswert ist, dass derzeit 27 deutsche Staatsbürger in der JVA Palma einsitzen.

Die Justizvollzugsbeamten führen keinen einzigen Schlüssel mit sich. Alle Türen werden aus sicheren Bereichen elektronisch geöffnet und geschlossen. Als be-

sonders fortschrittlich können die Hafträume angesehen werden, denn in jedem Haftraum (Einzelzellen) sind eine Toilette und eine Dusche installiert. Die Zellen werden elektronisch geöffnet und verschlossen und besitzen kein Türschloss. Dass die JVA Palma über ein großes Schwimmbad und mehrere Squash Plätze verfügt, überraschte ebenso, wie der von Inhaftierten ausgestrahlte Radiosender. Eine aus Gefangenen bestehende Fußballmannschaft, welche am normalen Ligaspielbetrieb auf der Insel teilnimmt, findet

über die Tatsache, dass in den Arbeitsbetrieben Frauen und Männer im gleichen Raum arbeiten. In der Zugangsabteilung führte man uns ein Fingerabdrucklesegerät vor. Mit Hilfe dieses Gerätes können die Vollzugsbediensteten ganz leicht jeden Gefangenen identifizieren. Besonders hilfreich ist das Gerät bei Wiedereintritten nach Abwesenheiten der Gefangenen. So kann bei der großen Anzahl der Inhaftierten, die tagtäglich die Anstalt als Freigänger verlassen, ganz einfach eine Verwechslung ausgeschlossen werden. Nach der



Anstaltsleiter Manuel Avilés und Reiner Baier.

in den großen Sporthallen optimale Trainingsbedingungen vor.

In den Versorgungsbetrieben wurde vorgeführt, wie zum Beispiel jeden Tag 3500 Brötchen gebacken werden. In einer Konditorenschule konnte man sich vom Leistungsstand der Auszubildenden überzeugen. Erstaunt war die Delegation auch

dreistündigen Führung wurde die Ortsgruppe noch vom Anstaltsleiter in dessen Büro empfangen. Man ließ es sich selbstverständlich nicht nehmen einige Gastgeschenke wie Schwarzwälder Schinken, edle Tröpfchen und ein Wappen der JVA Rottweil, an den dortigen Anstaltsleiter zu übergeben.

Abwehr und Zugriffs Techniken

Vollzugsbedienstete aus Baden-Württemberg üben moderne, effektive Techniken

Im Rahmen der Fortbildungsveranstaltungen des JuM Baden-Württemberg fand im Juli 2009 ein Lehrgang für waffenlose Selbstverteidigung statt. Dieses Mal konnten 22 Beamtinnen und Beamte aus Baden-Württemberg am einwöchigen Lehrgang in der Landessportschule Tailfingen teilnehmen.



Seit über 20 Jahren leitet Amtsinspektor im JVD **Rüdiger Kaschlaw** aus der **JVA Rottenburg/Außenstelle Tübingen** diese Tagungen. Ihm zur Seite stand Amtsinspektor im JVD **Volker Kurz** von der Sozialtherapeutischen Anstalt. Im Vorfeld trafen sich alle in der Schule eingesetzten Trainer für Selbstverteidigung in der Justizvollzugsschule Stuttgart. Es wurde über weitere **Abwehr** und **Zugriffs Techniken (AZT)** gesprochen. Das bestehende Ausbildungsprogramm wurde

hier sinnvoll erweitert und mit nach Tailfingen genommen. Das Ziel der Fortbildung in Tailfingen war, diese einfachen, wirksamen und leicht erlernbare Techniken, die somit lange im Gedächtnis bleiben, zu vermitteln. Nur so ist das Training sehr effektiv. Ein Hauptteil der Tagung war der unmittelbare Zwang. Hier wurden unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit und je nach Situation und Räumlichkeit, verschiedene Zugriffstechniken geübt.



Ein weiterer Schwerpunkt war das Erlernen von Abwehrtechniken gegen Faustschläge, Fußtritte und Stockangriffe sowie die Abwehr von so genannten Kontakthangriffen wie Würgen, Umklammern, Schwitzkasten, Festhalten am Revers oder Armen.

Die erlernten Abwehrtechniken wurden gegen Ende des Lehrgangs in Form eines Freikampfes geübt. Eine/r verteidigt sich gegen einen im Vollschutzanzug steckenden „Angreifer“. Dieser neu angeschaffte Vollschutzanzug, wurde abwechselnd von zwei Lehrgangsteilnehmern angezogen. An diesem „Dummy“ konnten die erlern-



ten Kontertechniken mit **Vollkontakt** praxisnah geübt werden.

Hafräume wurden aus Mattenteilen und Gerätschaften nachgestellt um so die Griff- und Hebeltechniken unter möglichst realistischen Bedingungen anwenden zu können. Sehr interessant war das Rollenspiel „verbringen in den besonders gesicherten Hafräum“, unter Berücksichtigung der Eigensicherheit.

Der so genannte „lagebedingte Erstickungstod“ wurde erklärt und besprochen, damit schlimmste Unfälle bei Zugriffstechniken verhindert werden können.

Wie jedes Jahr hatte Rüdiger Kaschlaw auch dieses Mal Dozenten eingeladen. Wilfried Rösch von der Polizei Bruchsal ist Deeskalationstrainer. Anschaulich, kompetent und mit einem Hauch Witz hat er der Gruppe dieses Thema nahe gebracht.

Der Leiter der Sicherheitsgruppe Justiz schickte auf Einladung des Lehrgangsleiters Rüdiger Kaschlaw die Kollegen Carl Nagel und Sven Rieger zur Tagung. Mit ihrer Persönlichkeit und Kompetenz haben sie nicht nur die Lehrgangsleitung, sondern auch alle Lehrgangsteilnehmer begeistert.

Anschaulich wurde die Handhabung und die Rechtslage des Einsatzes von Pfefferspray besprochen und geübt. Sehr professionell wurde von den Kollegen Nagel und Rieger die Handhabung der Schutzschilder erklärt und variantenreich trainiert.

Zwischen dem schweißtreibenden Selbstverteidigungstraining wurden auch Ball- und Wettkampfspiele angeboten und sehr gerne angenommen. Abends trug der Aufenthalt in der Sauna und Hallenbad dazu bei, den „gestressten“ Körper zur verdienten Entspannung und Ruhe zu verhelfen. An dieser Stelle nochmals ein riesiges Lob

an die Lehrgangsteilnehmer/innen, die mit einer enormen Motivation an das Thema herangegangen sind und super Leistungen erbracht haben. Auch die drei Kolleginnen aus der JVA Heimsheim haben sich nicht geschont. Souverän haben sie die gestellten Aufgaben wie ihre männlichen Kollegen gemeistert.

Nochmals einen Dank an den stellvertretenden Lehrgangsleiter Volker Kurz sowie die Kollegen Otmar Rüffel, Andreas Bischoff, Johannes Fürstenberger und die Kollegen der SG Justiz Carl Nagel und Sven Rieger für die Unterstützung bei diesem Lehrgang. Ihr Einsatz hat den Lehrgang mit zu diesem Erfolg geführt. Vielen Dank!

Rundum ein sehr schöner, gelungener Selbstverteidigungslehrgang.

Rüdiger Kaschlaw, Amtsinspektor im JVD, AZT Chefausbilder Justiz Baden-Württemberg, 1. Kyu Judo, 1. Dan Ju-Jutsu, Fachtrainer F-Lizenz in Kampfsport

Fachgruppentag am 13.11.2009 in Gültstein

„Das war ganz sicher kein Freitag der 13.“ So lautete der Tenor der Teilnehmer zu einer rundherum gelungenen Veranstaltung am 13.11.2009 in der Tagungsstätte Gültstein bei Herrenberg.



Auf Einladung des Landesfachgruppensprechers für den allgemeinen Vollzugsdienst, Alexander Schmid, hatten neben den Mitgliedern der Arbeitsgruppe AVD und den Fachgruppenvertretern AVD der Justizvollzugsanstalten in Baden-Württemberg auch der Vorsitzende des HPR der Justiz, Georg Konrath, es sich nicht nehmen lassen, an dieser alle zwei Jahre stattfindenden Tagung teilzunehmen.

Nicht nur das sehr angenehme Ambiente in Gültstein trug zu einem positiven Tagungsverlauf bei, nein, es waren auch die vielen intensiven und konstruktiven Diskussionen zwischen den anwesenden Kollegen und natürlich auch die beiden fundierten Referate der Kollegen Konrath und Schmid, die nie Langeweile aufkommen ließen.

Im Rahmen der Tagung wurden auch die anstehenden Wahlen zur Neubesetzung der AG AVD durchgeführt, wobei Kollege Konrath als Wahlleiter folgenden Teilneh-

mern zur Wahl in die Arbeitsgruppe gratulieren konnte:

Ergebnis gestaffelt nach erhaltenen Stimmen

1. Alexander Schmid (Konstanz)
2. Uwe Thiel (Freiburg)
3. Ralf Bayer (Heilbronn)
4. Jürgen Egler (Hohenasperg)
5. Michael Huber (Adelsheim)
6. Jürgen Scheike (Mannheim), Ersatzmitglied
7. Otto Gassenmeier (Pforzheim), Ersatzmitglied
8. Jörg Krabacher (Ravensburg), Ersatzmitglied
9. Christian Reichle (Rottweil), Ersatzmitglied

In der nächsten Sitzung der AG AVD im Frühjahr 2010 werden dann die zu besetzenden Positionen innerhalb der AG festgelegt. Hiervon wird gesondert berichtet.

Alexander Schmid

Jahreshauptversammlung des OV Konstanz/Singen

Am 04.11.2009 trafen sich 18 Mitglieder des BSBD OV Konstanz-Singen zur Jahreshauptversammlung 2009 in den Räumen der Polizeidirektion Konstanz.

Als Vorprogramm der eigentlichen Versammlung waren die Kollegen zu einer sehr informativen Besichtigung mit Führung durch den Pressesprecher der PD Konstanz, Herrn Aschenbrenner, von ihrem OV eingeladen worden. Für viele der



Kollege Alexander Schmid bei seinen Ausführungen.

Kollegen war dies ein spannender Blick hinter die Kulissen einer Polizeidienststelle und nicht Wenige äußerten sich sehr positiv zu diesem Blick über den „vollzuglichen“ Tellerrand.

Intensive Diskussion zu verschiedenen Themen

Im Anschluss an die Führung konnte der stellv. Landesvorsitzende Alexander Schmid, in Vertretung des leider kurzfristig verhinderten OVV Michael Junginger, die Mitglieder des OV in der Polizeikantine bei einem zünftigen Vesper begrüßen und nachdem Hunger und Durst gestillt waren, berichtete Kollege Schmid zu aktuellen Themen aus dem Justizvollzug. Die teilweise intensive Diskussion zu verschiedenen Themen dauerte noch länger an und so endete der Tag beim Austausch zwischen „Jung und Alt“ und einem gemütlichen Bier in der Kantine der Polizeidirektion Konstanz.

Alexander Schmid

Wichtiger denn je!

Mitgliedschaft im BSBD